

Sonderdruck aus:

# Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Autorengemeinschaft

Der Arbeitsmarkt 1995 und 1996  
in der Bundesrepublik Deutschland

## **Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)**

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunkt-heft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

### *Hinweise für Autorinnen und Autoren*

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.  
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung  
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104  
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter [http://doku.iab.de/mittab/hinweise\\_mittab.pdf](http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf). Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: [ursula.wagner@iab.de](mailto:ursula.wagner@iab.de)).

### **Herausgeber**

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)  
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB  
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim  
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover  
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit  
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin  
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.  
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau  
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit  
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

### **Begründer und frühere Mitherausgeber**

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin, Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

### **Redaktion**

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: [ulrike.kress@iab.de](mailto:ulrike.kress@iab.de); (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: [gerd.peters@iab.de](mailto:gerd.peters@iab.de); (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: [ursula.wagner@iab.de](mailto:ursula.wagner@iab.de); Telefax (09 11) 1 79 59 99.

### **Rechte**

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

### **Herstellung**

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

### **Verlag**

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: [waltraud.metzger@kohlhammer.de](mailto:waltraud.metzger@kohlhammer.de), Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

### **Bezugsbedingungen**

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten; Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

### **Zitierweise:**

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)  
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)  
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

**Internet:** <http://www.iab.de>

# Der Arbeitsmarkt 1995 und 1996 in der Bundesrepublik Deutschland

Autorengemeinschaft\*

## Grundlinien der Entwicklung 1995 und Perspektiven für 1996 – ein Überblick

### Enttäuschende Entwicklung des Arbeitsmarkts

1995 war für den Arbeitsmarkt in Deutschland ein enttäuschendes Jahr. Nachlassendes Wachstum und wieder steigender Kostendruck bei zunehmender internationaler Konkurrenz lieferten keine Basis für eine bessere Beschäftigungslage. Unsicherheiten über die weitere Entwicklung dämpften zusätzlich die Bereitschaft, neue Arbeitskräfte einzustellen. Selbst in prosperierenden Bereichen des Dienstleistungssektors nahm die Beschäftigung nur noch verlangsamt zu.

Im Jahresdurchschnitt verringerte sich die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 0,1 Mio auf 34,9 Mio Personen. Die registrierte Arbeitslosigkeit nahm ebenfalls um 0,1 Mio auf 3,6 Mio Personen ab. Darin ist indes keine Besserung zu sehen, denn die Stille Reserve stieg gleichermaßen um 0,1 Mio auf 3,1 Mio Personen.

Die Daten im Jahresmittel verdecken zudem Tendenzen zum Schlechteren im Jahresverlauf. So verringerte sich die Erwerbstätigkeit saisonbereinigt von Jahresanfang bis Jahresende um 0,2 Mio, während die Arbeitslosigkeit um 0,25 Mio Personen zunahm.

### Weiterer Beschäftigungsabbau in den alten Bundesländern

Die wirtschaftliche Entwicklung in den *alten Bundesländern* blieb spürbar hinter den Erwartungen am Jahresanfang zurück. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) erhöhte sich 1995 nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 1 1/2 %.

Vor allem wegen des schwächeren Wachstums sank die Erwerbstätigkeit nochmals deutlich, im Jahresdurchschnitt um 0,2 Mio Personen. Zu einer Wende bei der Erwerbstätigkeit ist es auch im Verlauf des Jahres 1995 nicht gekommen.

Die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen verringerte sich 1995 um 1 %. Ein Arbeitstag weniger als im Vorjahr fiel dabei ins Gewicht. Aber auch Verkürzungen der tariflichen Wochenarbeitszeit und mehr Teilzeitarbeit trugen wesentlich dazu bei. Die Teilzeitquote der abhängig Beschäftigten stieg auf über 18 %.

Für das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde (Arbeitsproduktivität) errechnet sich im zweiten Jahr hintereinander eine Zunahme, die merklich über den Trend hinausgeht, allerdings nicht mehr so ausgeprägt wie 1994 (1995: + 3 1/2 %, nach + 4 % im Vorjahr).

Das Arbeitsangebot nahm immer noch zu, der Größenordnung nach könnten es 1995 etwa 60 000 Personen gewesen sein. Maßgebend dafür war die Zuwanderung aus dem Ausland. Den daraus resultierenden Effekt für das Erwerbspersonenpotential veranschlagen wir – Zuwanderung und Abwanderung saldiert und auf Jahresbasis gerechnet – auf etwa 170 000 Personen, annähernd ebenso viele wie im Vorjahr. Von der ansässigen Bevölkerung her – Deutsche und Ausländer zusammengenommen – ging das Arbeitsangebot weiter zurück. Entscheidend dafür ist die abnehmende Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter. Der aus dieser demographischen Komponente resultierende Effekt schlug 1995 mit – 0,2 Mio Personen zu Buche. Er wird zunehmend weniger durch die steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen ausgeglichen. Diese Verhaltenskomponente für sich genommen, führte zu einem Anstieg des Arbeitsangebots um 0,1 Mio Personen.

Die Arbeitslosigkeit, die zu Beginn des Jahres saisonbereinigt noch rückläufig war, stieg seit dem Frühjahr mehr oder weniger kontinuierlich. Für den Jahresdurchschnitt errechnet sich für die alten Bundesländer eine Arbeitslosenzahl von 2,56 Mio, geringfügig mehr als 1994. Die Stille Reserve insgesamt nahm um reichlich 0,2 Mio auf 2,15 Mio Personen zu.

---

\* Hans-Uwe Bach, Hans Kohler, Hanspeter Leikeb, Emil Magvas und Eugen Spitznagel sind Mitarbeiter im IAB. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung der Autoren. Redaktionsschluß: 27. März 1996.

## Nachlassender Anstieg der Erwerbstätigkeit in den neuen Bundesländern

Der wirtschaftliche Neuaufbau in *Ostdeutschland* hat 1995 Fortschritte gemacht, aber auch hier verlor das Wachstum erheblich an Schwung. In finanzieller Hinsicht ist es weiterhin ein vielfach gestützter Prozeß, kein selbsttragender Aufschwung. Der Kostendruck blieb – jedenfalls im Durchschnitt aller Branchen und Betriebe – hoch: Die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen reichte 1995 noch nicht an 60 % des Westniveaus heran, das Bruttoeinkommen je abhängig Beschäftigten belief sich bereits auf annähernd 75 % des Standes in den alten Bundesländern.<sup>1</sup>

Obwohl das BIP weniger zunahm als allgemein prognostiziert, entwickelte sich die Beschäftigung zunächst noch günstig. Im zweiten Halbjahr flachte der Anstieg allerdings deutlich ab, auf das Jahresende zu ging er in Stagnation über. Für den Jahresdurchschnitt 1995 ergab sich ein Beschäftigtenplus gegenüber dem Vorjahr um 0,1 Mio auf 6,4 Mio Personen. Maßgebend für diesen Anstieg war vor allem das Wachstum im Baubereich, daneben eine lebhaftere Entwicklung bei den Dienstleistungen.

Nach wie vor spielten Beschäftigungsschaffende Maßnahmen – ABM und Maßnahmen nach § 249h AFG – eine wesentliche Rolle. Direkt kamen durch sie im Jahresdurchschnitt 1995 gut 0,3 Mio Personen in Beschäftigung. Berücksichtigt man mittelbare Effekte, etwa aus Vorleistungen, dürfte mit diesen Maßnahmen insgesamt ein Beschäftigungsvolumen von schätzungsweise gut 0,4 Mio Personen verbunden sein. Das sind immerhin 7 % der Erwerbstätigkeit in den neuen Bundesländern.

Das Arbeitsangebot verringerte sich auch 1995, aber nicht in dem Umfang, wie von uns erwartet. Speziell die Erwerbsbeteiligung nahm weniger ab als von uns vorausgerechnet. Dabei hatten wir den Rückgang schon eher klein angesetzt (gemessen an manchen anderen Einschätzungen), weil wir die Angleichung an die Verhaltensweisen in den alten Bundesländern als einen langfristigen Prozeß ansehen. Alles in allem könnte sich das Potential im Jahresdurchschnitt 1995 um 0,15 Mio Personen verringert haben.

Bei der beschriebenen Konstellation von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage nahm das nichtbeschäftigte Erwerbspersonenpotential in den neuen Bundesländern um 0,25 Mio Personen ab. Dieser Rückgang ließ die registrierte Arbeitslosigkeit um 0,1 Mio auf 1,05 Mio Personen sinken. Für die Stille Reserve insgesamt errechnet sich dann eine Abnahme um 0,15 Mio auf gut 0,9 Mio Personen. Dahinter stehen erhebliche Verschiebungen in den Komponenten der Stillen Reserve: Während das „Auffangbecken“ der Vorruhestandsregelungen in seiner Bedeutung rapide abnahm, ist die Stille Reserve i.e.S., also der Personenkreis, der sich nicht beim Arbeitsamt gemeldet hat, aber grundsätzlich an einer Arbeitsaufnahme interessiert ist, gestiegen.

## Gedämpfte Aussichten für 1996

Die insgesamt verhaltene wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland im Jahr 1995 wird allgemein als vorübergehende Abschwächung betrachtet. Dafür spricht die Mehrzahl der konjunkturellen Rahmendaten. Allerdings bestehen auch Risiken, nicht zuletzt wegen kurzfristig verstärkter Konsolidierungsbemühungen bei den öffentlichen Haushalten. Im übrigen müssen sich konjunkturelle Auftriebskräfte in diesen Jahren gegen hohe gesamtwirtschaftliche Kosten durchsetzen, die mehr Investitionen und Wachstum und damit mehr Beschäftigung nicht gerade förderlich sind, besonders nicht im verschärften internationalen Standortwettbewerb. Wie sich dies alles mischt, ist schwer auszumachen.

Die neueren Vorausrechnungen der Institute sowie anderer nationaler und internationaler Institutionen für 1996 sind gegenüber den früheren Einschätzungen zurückhaltender geworden. Das aktuelle Spektrum der Vorausrechnungen für das BIP in Deutschland bewegt sich zwischen nur noch geringfügigem Wachstum von 1/2 % und optimistischen 2 %. Bei nahezu zeitgleichen Projektionen, die von gleichem Wissensstand ausgehen, ist dies eine beachtliche Bandbreite, die auf viel Unsicherheit hindeutet.

## Beschäftigung in den alten Bundesländern nochmals niedriger als im Vorjahr

Das IAB legt seinen Vorausrechnungen für den Arbeitsmarkt in *Westdeutschland* drei Alternativen zugrunde. Die untere Variante, ein unverändertes BIP, steht für Stagnation, die mittlere (+ 3/4 %) und die obere (1 1/2 %) setzen auf eine wirtschaftliche Erholung, früher oder später im Jahresverlauf 1996 beginnend. Untere und obere Variante markieren die Grenzen des Korridors, innerhalb dessen die Entwicklung mit hoher Wahrscheinlichkeit verlaufen wird. Der folgende Text beschreibt die möglichen Eckdaten für den Arbeitsmarkt, mit denen bei einem mittleren Wachstum von 3/4 % zu rechnen ist.

<sup>1</sup> Berechnungen auf der Grundlage der amtlichen Daten. Vgl. dazu Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, Heft 1/1996 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Erste Ergebnisse der Inlandsproduktrechnung 1995, Stuttgart 1996, S. 38, 44.

Nach der starken Zunahme der Arbeitsproduktivität in den Jahren 1994 (+ 4 %) und 1995 (+ 3 1/2 %) ist nun ein langsamerer Anstieg wahrscheinlich. Allerdings spricht einiges für eine weiterhin deutliche Zunahme: Stärkere Rückgänge der Arbeitszeit, gerade auch im Zusammenhang mit mehr Arbeitszeitflexibilisierung, der Kostendruck in Verbindung mit geringen Preisüberwälzungsmöglichkeiten und ein etwas verstärkter Aufwärtstrend der Produktivitätsentwicklung. So nehmen wir an, daß die Arbeitsproduktivität bei unserer mittleren Variante um 2 1/2 % zunimmt.

Die durchschnittliche Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen könnte auch 1996 um 1 % abnehmen. Kürzere tarifliche Wochenarbeitszeiten, mehr Teilzeitarbeit, weniger Mehrarbeitsstunden und andere vorübergehende Arbeitszeiteinschränkungen im Rahmen des Flexibilisierungspotentials tragen dazu bei. Wir haben kalkuliert, daß es durch gezielte Initiativen gelingt, Spielräume für kürzere Arbeitszeiten zu nutzen. Damit leistet die Arbeitszeitpolitik tendenziell einen größeren Beitrag zur Beschäftigungssicherung als im Vorjahr.

Kommt es zu einer Konstellation von 3/4 % BIP-Wachstum, 2 1/2 % Zunahme der Arbeitsproduktivität und einer Abnahme der Arbeitszeit um 1 %, wird das jahresdurchschnittliche Niveau der Erwerbstätigkeit gegenüber 1995 um reichlich 1/2 % oder 0,2 Mio Personen sinken. Im Jahresverlauf könnte dies in saisonbereinigter Rechnung bedeuten, daß die Talsohle der Beschäftigung im zweiten Halbjahr erreicht wird. Eine klare Aufwärtstendenz ist dabei aber noch nicht in Sicht.

Das Erwerbspersonenpotential in Westdeutschland wird 1996 immer noch leicht zunehmen, schätzungsweise um 40 000. Dies setzt voraus, daß die Zuwanderung auf das Niveau der beiden Vorjahre begrenzt bleibt, und die Rückwanderung der Bosnienflüchtlinge in Gang kommt. Bei der ansässigen Bevölkerung wirkt die demographische Komponente weiter auf Abnahme, sie wird nur noch knapp zur Hälfte durch die Verhaltenskomponente, die für mehr Arbeitsangebot sorgt, kompensiert.

Bei der beschriebenen Entwicklung von Arbeitsnachfrage (mittlere Variante) und Arbeitsangebot würde das nichtbeschäftigte Erwerbspersonenpotential im Jahresdurchschnitt 1996 auf knapp 5 Mio Personen ansteigen. Aufgrund von Erfahrungswerten über dessen Verteilung rechnen wir mit einer registrierten Arbeitslosigkeit von 2,68 Mio Personen, 115 000 mehr als im Vorjahr, und einer Stillen Reserve von knapp 2,3 Mio Personen.

### **Neue Bundesländer: Kaum Besserung bei der Beschäftigung in Sicht**

Im Zusammenhang mit den gedämpften Perspektiven für Westdeutschland, vor allem aber wegen des hohen Kostendrucks und des auslaufenden Baubooms werden die Wachstumsaussichten für die *neuen Bundesländer* ebenfalls zurückhaltend eingeschätzt, gemessen an der Entwicklung in den letzten Jahren. Das IAB geht für 1996 von Varianten einer BIP-Zunahme um 3 %, 4 1/2 % und 6 % aus. Der untere und der obere Wert markieren die Grenzen eines von uns für wahrscheinlich gehaltenen Wachstumskorridors. Im folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse für den Arbeitsmarkt beschrieben, wenn es zu einem mittleren Wachstum von 4 1/2 % kommt.

Für diesen Fall rechnen wir mit Stagnation der Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland. Dabei ist unterstellt, daß die Beschäftigungschaffenden Maßnahmen etwa im Ausmaß wie 1995 fortgesetzt werden oder ein vergleichbarer Ausgleich über andere Instrumente der Beschäftigungspolitik gefunden wird. Wenn es mit der Erwerbstätigkeit vorerst nicht weiter aufwärtsgeht, so hängt dies vor allem mit dem nachlassenden Wachstum der Bauproduktion zusammen, der keine entsprechende Kompensation, was die Beschäftigung anbelangt, in anderen Wirtschaftsbereichen gegenübersteht. Wir halten zwar einen Beschäftigungseinbruch im Baugewerbe für unwahrscheinlich, aber als Motor für zusätzliche Beschäftigungsimpulse fällt dieser Wirtschaftszweig im Jahr 1996 wohl aus.

Beim Arbeitsangebot ist ein weiterhin nur mäßiger Rückgang der Erwerbsneigung wahrscheinlich. Aus den anderen Komponenten, Demographie, Wanderungen und Pendlersaldo zusammengenommen, dürften wiederum nur geringe Veränderungen des Erwerbspersonenpotentials resultieren. Insgesamt könnte so das Arbeitsangebot um 130 000 Personen abnehmen.

Diese Entwicklung von Arbeitsnachfrage (mittlere Variante) und Arbeitsangebot hätte einen Rückgang des nichtbeschäftigten Erwerbspersonenpotentials um ebenfalls 130 000 Personen zur Folge. Dennoch dürfte die registrierte Arbeitslosigkeit steigen, weil wegen der auslaufenden Vorruhestandsregelungen immer weniger ältere Menschen in der Stillen Reserve erfaßt werden. Die Zahl der Arbeitslosen könnte sich um knapp 50 000 auf 1,1 Mio Personen erhöhen, die Stille Reserve insgesamt um knapp 200 000 auf 760 000 Personen sinken.

### **Düstere Bilanz für den Arbeitsmarkt in Deutschland**

Alte und neue Bundesländer zusammengenommen, dürfte die Erwerbstätigkeit – bei unserer mittleren Variante – im Jahresdurchschnitt 1996 um 0,2 Mio auf 34,7 Mio Personen zurückgehen. Das Erwerbspersonenpotential könnte sich um 0,1 Mio auf 41,5 Mio Personen verringern. Bei dieser Entwicklung von Arbeitsnachfrage und Arbeitsangebot nimmt der nichtbeschäftigte Teil des Erwerbspersonenpotentials um 0,1 Mio auf 6,8 Mio Personen zu. Dann ist mit einem noch etwas stärkeren Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit um 0,16 Mio auf knapp 3,8 Mio Personen zu rechnen, während die Stille Reserve insgesamt geringfügig auf 3 Mio Personen sinkt.

## Eckdaten der Alternativrechnungen zur Arbeitsmarktentwicklung 1996

		1991	1992	1993	1994	1995	1996		
							Var. I	Var. II	Var. III
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %									
Bruttoinlandsprodukt (real)	West	+ 5,0	+ 1,8	- 1,8	+ 2,4	+ 1,6	0	+ 3/4	+1 1/2
	Ost	- 19,2	+ 7,8	+ 7,2	+ 8,5	+ 5,6	+3	+4 1/2	+6
	Insg.	+ 2,8	+ 2,2	- 1,2	+ 2,9	+ 1,9	+ 1/4	+1	+2
Stundenproduktivität	West	+ 3,6	+ 0,1	+ 1,4	+ 4,1	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,8
	Ost	+ 11,3	+ 10,4	+ 9,2	+ 7,5	+ 5,8	+ 5,9	+ 6,2	+ 6,3
	Insg.	+ 9,2	+ 1,3	+ 1,8	+ 4,1	+ 3,4	+ 2,8	+ 2,9	+ 3,0
Durchschnittliche Arbeitszeit	West	- 1,1	+ 0,7	- 1,7	- 0,5	- 1,0	- 1,3	- 1,1	- 0,7
	Ost	- 12,6	+ 12,0	+ 1,0	- 0,6	- 1,9	- 2,0	- 1,6	- 1,1
	Insg.	- 3,8	+ 2,8	- 1,2	- 0,5	- 1,1	- 1,4	- 1,2	- 0,8
Erwerbstätige	West	+ 2,5	+ 0,9	- 1,5	- 1,2	- 0,7	- 1,1	- 0,7	- 0,5
	Ost	- 17,0	- 12,8	- 2,8	+ 1,6	+ 1,6	- 0,8	0,0	+ 0,8
	Insg.	- 2,1	- 1,8	- 1,8	- 0,7	- 0,3	- 1,0	- 0,6	- 0,3
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000									
Erwerbstätige	West	+ 710	+ 266	- 450	- 351	- 196	- 300	- 200	- 150
	Ost	-1499	- 935	- 181	+ 98	+ 103	- 50	0	+ 50
	Insg.	- 789	- 669	- 631	- 253	- 93	- 350	- 200	- 100
Erwerbspersonenpotential	West	+ 675	+ 558	+ 281	+ 78	+ 60	+ 36	+ 36	+ 36
	Ost	- 296	- 132	- 136	- 163	- 144	- 128	- 128	- 128
	Insg.	+ 379	+ 426	+ 145	- 85	- 84	- 92	- 92	- 92
Personen in 1000									
Registrierte Arbeitslose	West	1.689	1.808	2.270	2.556	2.565	2.750	2.680	2.650
	Ost	913	1.170	1.149	1.142	1.047	1.120	1.090	1.050
	Insg.	2.602	2.978	3.419	3.698	3.612	3.870	3.770	3.700
Stille Reserve	West	1.323	1.496	1.765	1.908	2.155	2.306	2.276	2.256
	Ost	727	1.273	1.339	1.085	933	782	762	752
	Insg.	2.050	2.769	3.104	2.993	3.088	3.088	3.038	3.008
Anteile Ost in %									
Bruttoinlandsprodukt (real)		7,2	7,6	8,3	8,7	9,0	9,3	9,3	9,4
Erwerbspersonenpotential		21,8	21,2	20,8	20,5	20,2	19,9	19,9	19,9
Erwerbstätige		20,1	17,8	17,6	18,0	18,4	18,4	18,5	18,6
Registrierte Arbeitslose		35,1	39,3	33,6	30,9	29,0	28,9	28,9	28,4
Stille Reserve		35,5	46,0	43,1	36,3	30,2	25,3	25,1	25,0

Quelle: Berechnungen des IAB

### Gliederung

#### 1 Die Entwicklung 1995

##### 1.1 Alte Bundesländer

1.1.1 Die Nachfrage nach Arbeitskräften

1.1.2 Das Angebot an Arbeitskräften

1.1.3 Die Arbeitsmarktbilanz

##### 1.2 Neue Bundesländer

1.2.1 Die Nachfrage nach Arbeitskräften

1.2.2 Das Angebot an Arbeitskräften

1.2.3 Die Arbeitsmarktbilanz

#### 2 Die Perspektiven 1996

##### 2.1 Alte Bundesländer

2.1.1 Die Nachfrage nach Arbeitskräften

2.1.2 Das Angebot an Arbeitskräften

2.1.3 Die Arbeitsmarktbilanz

##### 2.2 Neue Bundesländer

2.2.1 Die Nachfrage nach Arbeitskräften

2.2.2 Das Angebot an Arbeitskräften

2.2.3 Die Arbeitsmarktbilanz

#### 3 Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit (BA) 1995 und 1996

##### 3.1 Alte Bundesländer

##### 3.2 Neue Bundesländer

Tabellenanhang

## 1 Die Entwicklung 1995

### 1.1 Alte Bundesländer 1995

Das Wirtschaftswachstum, das zu Beginn des Jahres noch recht kräftig war, ließ im Verlauf merklich nach. Für 1995 insgesamt kam schließlich noch eine Zunahme des BIP um 1 1/2 % heraus. Durch die Umstellung verschiedener Statistiken auf eine neue Wirtschaftszweigsystematik und weil immer weniger Daten getrennt nach Ost und West verfügbar sind, ist freilich die Verlässlichkeit dieser Größe wie auch vieler anderer Daten eingeschränkt.

#### 1.1.1 Die Nachfrage nach Arbeitskräften 1995 in den alten Bundesländern

Jahresdurchschnittlich verringerte sich 1995 die Zahl der *Erwerbstätigen* in den alten Bundesländern um 0,2 Mio Personen (– gut 1/2 %). Maßgebend dafür war der anhaltende Beschäftigungsabbau im Verarbeitenden Gewerbe (– 0,2 Mio). Erstmals seit 1987 nahm aber auch die Erwerbstätigkeit im Bauhaupt- und Baunebengewerbe wieder ab (– 0,02 Mio). In der Land- und Forstwirtschaft hielt der trendmäßige Rückgang an. So blieb der tertiäre Sektor die einzige positive Gegenkraft, aber auch hier ließ der Schwung weiter nach. Der Anstieg, der sich für die Dienstleistungen insgesamt auf etwa 50 000 Personen belief, war kleiner als im Rezessionsjahr 1993. Seit Führung der Datei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten erreichte die Beschäftigungszunahme im Dienstleistungssektor nur in den Jahren 1982/83 vergleichbar niedrige Werte. Erstmals tendierte dabei auch die Beschäftigung im Bank- und Versicherungsgewerbe leicht nach unten. Andererseits hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten vor allem bei Firmen der gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung (einschließlich der gemeinnützigen Verleihfirmen) von Mitte 1994 auf Mitte 1995 sprunghaft um ein Viertel auf knapp 130 000 Personen erhöht. Dies könnte ein Hinweis auf gegenwärtig häufig kurzfristig orientierte Personaldispositionen der Betriebe sein.

Die durchschnittlich geleistete *Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen* in den alten Bundesländern dürfte 1995 um 1 % abgenommen haben. Wie immer ist die Entwicklung das Ergebnis einer Vielzahl von Einflüssen, die in einer differenzierten Komponentenrechnung erfaßt werden. Dabei müssen wir einräumen, daß etliche Einzeldaten heute mit größeren Unsicherheiten behaftet sind als in der Vergangenheit. Zum einen spielt auch dabei die Umstellung der Wirtschaftszweigsystematik eine Rolle. Zum anderen resultieren die Unsicherheiten aus der zunehmend in Bewegung geratenen Arbeitszeitlandschaft, deren statistische Erfassung Probleme aufwirft. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Arbeitszeitkorridore, die in immer mehr Tarifverträgen vereinbart werden. Dabei endet die Differenzierung des Arbeitszeitgeschehens nicht beim Betrieb, vielmehr reicht sie bis in die einzelnen Betriebsabteilungen. Diese neuen Arbeitszeitformen beeinflussen nicht nur die tarifliche Wochenarbeitszeit, sie haben auch Rückwirkungen auf andere Komponenten unserer Rechnung, wie Mehrarbeitsstunden und Kurzarbeit. Eine spezifische Unsicherheit brachte die grundlegende Änderung beim Schlechtwettergeld zum Jahreswechsel 1995/1996.

Verkürzungen der *tariflichen Wochenarbeitszeit*, insbesondere in der Metall- und Elektroindustrie sowie im Druckgewerbe, schlugen nach unserer Rechnung je Arbeitnehmer mit durchschnittlich – 0,3 % bei der jährlichen Arbeitszeit zu Buche. Die aus dem Mikrozensus und aus der Statistik der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten verfügbaren Infor-

mationen zeigen an, daß sich der Trend zur *freiwilligen Teilzeitarbeit* 1995 fortgesetzt hat. Daraus resultiert eine Abnahme um 0,3 %.

Der *akzeptierten Teilzeitarbeit* zur Sicherung von Beschäftigungsverhältnissen kam auch 1995 Bedeutung zu. Neue Befragungen zum Ausmaß der Nutzung dieses Instruments lagen allerdings nicht vor. Unsere Einschätzung beruht in erster Linie auf Auswertungen zur Arbeitszeitentwicklung aus der Berichterstattung des Verarbeitenden Gewerbes und auf Einzelinformationen von Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften. Danach könnten im abgelaufenen Jahr – dem Volumen nach – 1/2 Mio Beschäftigte diese Form der Teilzeitarbeit praktiziert haben, auf Jahresbasis gerechnet eine ähnliche Größenordnung wie im Vorjahr. Allerdings dürfte der damit verbundene durchschnittliche Arbeitsausfall – aufgrund einer zeitweilig verbesserten Auftragslage – nur etwa halb so groß gewesen sein wie 1994. Auf den Durchschnitt aller Arbeitnehmer gesehen, führte dies schätzungsweise zu einer Verkürzung der tariflichen Jahresarbeitszeit um 1 1/2 Stunden, gegenüber – 2 1/2 Stunden im Jahr 1994. Im Vorjahresvergleich erhöhte sich so die durchschnittliche effektive Jahresarbeitszeit um 0,1 %-Punkte.

In die gleiche Richtung wirkte auch der Rückgang bei der *Kurzarbeit*, deren Volumen sich gegenüber 1994 nahezu halbierte (Effekt für die Jahresarbeitszeit + 0,2 %). Vergleicht man die durch Kurzarbeit und akzeptierte Teilzeitarbeit ausgefallene Arbeit, zeigt sich die rasch gewachsene Bedeutung der neuen Form befristeter Arbeitszeitverkürzung: 1995 dürfte mehr als ein Drittel des Ausfallvolumens, das insgesamt aus Kurzarbeit und akzeptierter Teilzeitarbeit resultiert, über akzeptierte Teilzeitarbeit bewerkstelligt worden sein. Freilich darf bei den absoluten Größenordnungen der Stellenwert dieses Instruments für den gesamten Arbeitsmarkt nicht überschätzt werden.

Im Zusammenhang mit einer zeitweilig verbesserten Auftragslage in Teilbereichen des Verarbeitenden Gewerbes und bei teilweise drastisch reduzierten Personalständen in den Betrieben sowie aufgrund der noch guten Baukonjunktur nahmen die *Mehrarbeitsstunden* im ersten Halbjahr erneut zu. So lag der Wochendurchschnitt an Mehrarbeit für Arbeiter in der Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk) im April 1995 bei 1,8 Stunden, gegenüber 1,5 Stunden ein Jahr zuvor. Im Juli belief sich die Mehrarbeit ebenfalls auf 1,8 Wochenstunden (Vorjahr: 1,7). Im Oktober betrug sie weiterhin 1,8 Wochenstunden, unterschritt aber konjunkturbedingt das Vorjahresniveau (1,9) leicht.

Schlechtes Wetter brachte für das Baugewerbe etwas mehr Arbeitsausfall als im Vorjahr. Gesamtwirtschaftlich und auf das Jahr 1995 gesehen, fiel dies ebenso wenig ins Gewicht wie der Arbeitskampf in Teilen der bayerischen Metallindustrie. Dagegen machte sich ein Feiertag mehr schon deutlicher bemerkbar. Sein Arbeitszeiteffekt schlug mit – 0,4 %-Punkten zu Buche. Einzelheiten sind den Tabellen 5a und 6a zu entnehmen.

Bei der beschriebenen Entwicklung von BIP (+ 1 1/2 %), Erwerbstätigkeit (gut – 1/2 %) und Arbeitszeit (– 1 %) errechnet sich eine Zunahme der Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde um 3 1/2 % – angesichts einer nicht verbesserten Kapazitätsauslastung ein bemerkenswert starker Anstieg. Zu einem Teil ist dies schlicht Reflex des anhaltenden Personalabbaus. Außerdem setzten Wirtschaft und öffentliche Verwaltung ihre Rationalisierungsanstrengungen auf breiter Front fort. Anlaß dazu bestand allemal, denn der Kostendruck wur-

de – nach nur kurzer Unterbrechung – in vielen Bereichen wieder stärker. Außerdem blieb die Einstellungsbereitschaft selbst bei expandierenden Betrieben – nicht zuletzt wegen der gewachsenen Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung – gedämpft. Auch dies wirkte in Richtung Produktivitätsanstieg.

### 1.1.2 Das Angebot an Arbeitskräften 1995 in den alten Bundesländern

Das Arbeitsangebot ist auch 1995 – entgegen unseren Erwartungen vor einem Jahr – immer noch gewachsen. Spitz gerechnet (vgl. Tabelle 2a) resultiert dieses Ergebnis aus folgenden Bestimmungsgrößen des Erwerbspersonenpotentials:

- demographischer Einfluß – 220 000 Personen,
- Erwerbsbeteiligung (Verhaltenskomponente) + 90 000 Personen,
- Wanderungsbewegung + 170 000 Personen,
- Pendlerbewegung + 20 000 Personen.

Die Einschätzung der Binneneffekte – Demographie, Erwerbsbeteiligung – halten wir für ziemlich zuverlässig, zumal es sich im Zeitablauf um recht stabile Phänomene handelt. Schwieriger sind die Arbeitsmarktbeziehungen zum Ausland zu beziffern. Dabei spielt eine Rolle, daß die vollständige Wanderungsstatistik zeitlich nachhinkt. Wir haben die Ergebnisse, die bis einschließlich erstes Halbjahr 1995 reichen, fortgeschrieben, soweit nicht aktuelle Zahlen vorliegen (was nur für Spätaussiedler und Asylbewerber der Fall ist).

Rückblickend gilt für 1995: Die Binneneffekte dürften sich etwa so entwickelt haben, wie vor einem Jahr von uns prognostiziert. Der auf Abnahme des Potentials wirkende demographische Faktor wurde nur noch knapp zur Hälfte durch die steigende Erwerbsbeteiligung kompensiert. Beide Komponenten zusammengenommen bedeuten eine Verringerung des Potentials um gut 0,1 Mio Personen. Dieser dämpfende Einfluß wurde durch die Außenbeziehungen erneut mehr als ausgeglichen. Denn Wanderungssaldo und Veränderungen bei der Pendlerbewegung dürften das Arbeitsangebot um knapp 0,2 Mio Personen erhöht haben. Vor einem Jahr hatten wir in unserer Prognose diesen Effekt nur halb so groß veranschlagt. Im einzelnen stehen hinter der tatsächlich eingetretenen Entwicklung die folgenden Komponenten.

Die Zuzüge von *Spätaussiedlern* erreichten 1995 mit 218 000 Personen knapp das Niveau des Vorjahres (Zuweisungen in die westlichen Bundesländer 162 000 = 75 %) und lagen damit im Rahmen des gesetzlich geregelten Zuwanderungskontingents. Für das Arbeitsangebot in den alten Bundesländern resultierte daraus ein Zunahme im Jahresdurchschnitt um 90 000 Personen.

Auch die Zahl der *Asylbewerber* hielt sich in der Größenordnung des Vorjahres. Sie erreichte für Deutschland insgesamt die Summe von 128 000 Personen. Eine wesentliche Ursache für den Zustrom von Asylbewerbern waren auch 1995 die kriegerischen Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien.

<sup>2</sup> Vgl. Magvas, E., Pendlerstrom von Ost nach West reißt nicht ab, IAB-Kurzbericht Nr. 10/1995.

<sup>3</sup> Vgl. auch Werner, H., Beschäftigung von Grenzarbeitnehmern in der Bundesrepublik Deutschland, in: MittAB 1/1993, S. 28 - 35.

<sup>4</sup> Vgl. Magvas, E., Pendler aus dem Ausland in der westdeutschen Wirtschaft, in: Ausländer in Deutschland, Nr. 2/95, S. 14.

Ein grundsätzliches Zutrittsrecht zum Arbeitsmarkt erlangen Asylbewerber, wenn sie zur Durchführung ihres Asylverfahrens ein Aufenthaltsrecht erhalten haben. Damit werden sie Bestandteil des Erwerbspersonenpotentials. Erwerbstätig können sie allerdings erst werden, wenn sie eine Arbeitserlaubnis erhalten haben, deren Erteilung von der Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes abhängt, insbesondere davon, ob sich für die angebotene Beschäftigung nicht bevorrechtigte Bewerber finden (Deutsche, EU-Ausländer oder andere Ausländer mit dauerhaftem Aufenthaltsstatus). Der Effekt der Asylzuwanderung für das Erwerbspersonenpotential in den alten Bundesländern betrug 1995 im Jahresdurchschnitt 50 000 Personen (1994: gut 70 000).

Durch die übrige Ausländerwanderung dürfte das Erwerbspersonenpotential ebenfalls wieder etwas gestiegen sein. Während sich 1994 die Effekte aus Zu- und Abwanderung ausgeglichen hatten, ist für 1995 die Zunahme auf etwa 30 000 Personen zu veranschlagen.

Darüber hinaus wird das Arbeitsangebot durch *Ein- und Auspendler* beeinflusst. Nach unserer Einschätzung brachten die verschiedenen Pendlerströme – saldiert betrachtet – für das inländische Erwerbspersonenpotential eine leichte Zunahme.

Die größte Einzelkomponente hierbei sind die Pendler aus den neuen Bundesländern, deren Zahl seit 1992 auf dem Niveau von gut 0,4 Mio Personen verharrt. Der Gegenstrom wird ebenfalls annähernd konstant auf gut 0,1 Mio Personen geschätzt. Diese Pendlerbeziehungen (die Beziehungen zwischen West- und Ost-Berlin eingeschlossen) haben sich offenbar zur Normalität verflochtener Wirtschaftsräume entwickelt, die auch gegenüber konjunkturellen Veränderungen robust sind.<sup>2</sup>

Weiterhin rückläufig war die Zahl der Auspendler in das Ausland, hauptsächlich infolge abnehmender Beschäftigung bei den Stationierungsstreitkräften, die 1995 weitere Standorte auflösten. (In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden diese Zivilbeschäftigten als Auspendler gezählt). Alles in allem gab es 1995 etwa 90 000 Auspendler, knapp die Hälfte waren bei den Stationierungsstreitkräften beschäftigt, die anderen hauptsächlich in Frankreich und der Schweiz.<sup>3</sup>

Den Auspendlern stehen Einpendler aus dem Ausland<sup>4</sup> gegenüber, deren Zahl 1995 schätzungsweise um 10 000 auf 115 000 Personen zunahm. Davon kamen etwa 50 % aus Frankreich, 20 % aus den Niederlanden und 10 % aus Österreich.

Während für Bürger aus EU-Staaten Freizügigkeit besteht, benötigen Personen aus Tschechien und Polen eine Arbeitserlaubnis, wenn sie als Grenzgänger oder als *Saisonbeschäftigte* in Deutschland arbeiten wollen. 1995 wurden 3 400 Arbeitserlaubnisse für Grenzgänger erteilt, 5 % weniger als 1994.

Auch Saisonarbeiter werden den Einpendlern zugeordnet. 1995 haben annähernd 175 000 Arbeitnehmer aus Ländern Mittel- und Osteuropas – gemessen an der Zahl der Arbeitsvermittlungen – im Laufe des Jahres vorübergehend in Westdeutschland gearbeitet. Bei einer geschätzten durchschnittlichen Beschäftigungsdauer von zwei Monaten entspricht dies auf Jahresbasis einem Volumen von 29 000 Arbeitskräften (1994: 22 000). Zu über 90 % werden dabei Tätigkeiten in der Landwirtschaft, daneben solche im Hotel- und Gaststättenbereich wahrgenommen.

Indirekt wird das Arbeitsangebot des weiteren durch ausländische *Werkvertragsarbeitnehmer* beeinflusst, deren Beschäf-

tigung insbesondere in der Bauwirtschaft von einigem Gewicht ist. Das Arbeitsvolumen dieser Erwerbstätigen wird seinem Produktionswert nach in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Dienstleistungsimport ausgewiesen und bleibt insofern in unserer Arbeitsmarktbilanz unberücksichtigt. Freilich wirkt dieses Arbeitsvolumen auf den deutschen Arbeitsmarkt, weil es Menge und Struktur der Arbeitsmöglichkeiten für inländische Arbeitsuchende beeinflusst. Die auch 1995 heftig geführte Diskussion über die Werkvertragsarbeit ausländischer Firmen belegt diesen Zusammenhang.

Die Bundesregierung hat 10 bilaterale Vereinbarungen über die Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern auf der Grundlage von Werkverträgen abgeschlossen. Die Vereinbarungen enthalten jährliche Beschäftigungskontingente, die nicht überschritten werden dürfen. Jahresdurchschnittlich gerechnet war der Kontingentrahmen 1995 auf 56 000 Arbeitnehmer ausgelegt.

Damit haben sich die Kontingente, die 1992 fast 100 000 Arbeitnehmer erreichten, infolge jährlicher Anpassungen an die Arbeitsmarktlage nahezu halbiert. 1995 waren im Durchschnitt 49 400 Werkvertragsarbeiter in Deutschland beschäftigt, 8 200 mehr als im Jahre 1994. Der Anteil des Bauhauptgewerbes betrug dabei 55 %. Weitere Tätigkeitsfelder der Werkvertragsarbeit waren die Industrie (Stahl- und Leichtmetallbau, Maschinenbau u.a.) und bauverwandte Bereiche (einschl. Isolierer und Restauratoren).

Zu dieser regulierten Werkvertragsarbeit kommt die Möglichkeit für Unternehmen aus EU-Mitgliedsländern, ebenfalls über Werkverträge mit deutschen Firmen ausländische Arbeitnehmer zu beschäftigen. Wie die Position „Bauleistungen/Montagen/Ausbesserungen“ der Dienstleistungsbilanz<sup>5</sup> zeigt, hat dieser Import in den letzten Jahren sprunghaft zugenommen. In Erwerbstätige lassen sich die wertmäßigen Daten allerdings nicht umrechnen. Nach Schätzungen des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie arbeiteten 1995 etwa 160 000 Bauarbeiter aus EU-Ländern auf deutschen Baustellen<sup>6</sup>.

### 1.1.3 Die Arbeitsmarktbilanz 1995 in den alten Bundesländern

Während sich die Arbeitsnachfrage (Erwerbstätigkeit) 1995 um 0,2 Mio auf knapp 28,5 Mio Personen verringerte, nahm das Arbeitsangebot um knapp 0,1 Mio auf 33,2 Mio Personen zu.

Der nichtbeschäftigte Teil des Erwerbspersonenpotentials stieg also 1995 weiter an, insgesamt um 250 000 Personen. Bei der registrierten Arbeitslosigkeit machte sich die Verschlechterung nur geringfügig bemerkbar. Die Zahl der Arbeitslosen betrug im Jahresdurchschnitt rd. 2,56 Mio Personen, knapp 10 000 mehr als 1994. Die Zunahme ging fast vollständig auf das Konto der Stillen Reserve, die sich um etwa 0,25 Mio auf 2,15 Mio Personen erhöhte.

<sup>5</sup> Der Saldo aus Ausfuhr und Einfuhr dieser Dienstleistungen insgesamt entwickelte sich in den letzten Jahren folgendermaßen: 1992: + 749 Mio DM, 1993: - 251 Mio DM, 1994: - 1 876 Mio DM, 1995: - 2 548 Mio DM. Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Februar 1996, S. 23.

<sup>6</sup> Vgl. Pressemitteilung des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie vom 15.12.1995.

<sup>7</sup> Vgl. Blien, U., Tessaring, M., Abgangsalter aus dem Bildungswesen und Arbeitsmarktsituation. Ergebnisse der Bildungsgesamtrechnung des IAB, in: MittAB 1/1989, S. 85 ff.

Die Stille Reserve setzt sich aus unterschiedlichen Personen-Gruppen zusammen, die sich nicht alle einzeln statistisch erfassen lassen. Ihr gemeinsames Merkmal besteht darin, daß sie nicht als Arbeitslose gemeldet sind und auch nicht erwerbstätig sind, und zum Teil aktuell, zum anderen Teil zu günstigen Marktbedingungen an einer Arbeitsaufnahme interessiert wären.

Die Stille Reserve läßt sich in einen Personenkreis, der nicht arbeitslos gemeldet ist, aber unter den gegebenen oder günstigeren Bedingungen arbeiten möchte (Stille Reserve i.e.S.), und einen weiteren, der über verschiedene Maßnahmen mit dem Arbeitsamt schon oder noch im Kontakt steht, aber ebenfalls nicht arbeitslos gemeldet ist (Stille Reserve i.w.S.), aufteilen. Der letztgenannte Kreis ist statistisch präzise erfaßt, der erste errechnet sich dann als Restgröße bei gegebenen anderen Daten von Arbeitsangebot, Arbeitsnachfrage (Erwerbstätigkeit) und registrierter Arbeitslosigkeit.

Zur Stillen Reserve *im engeren Sinn* gehören Männer und insbesondere Frauen, die gegenwärtig im Status „privater Haushalt“ verharren, ohne anderwärts statistisch erfaßt zu sein. Bei Ausländern, die nicht aus EU-Staaten stammen, kommt hinzu, daß sie nur unter eingeschränkten Bedingungen als Arbeitslose registriert werden.

Weiter rechnen zur Stillen Reserve i.e.S. Personen, die sich wegen der aktuell begrenzten Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes in Warteschleifen im Bildungswesen, insbesondere an Hochschulen, befinden. Auch ein Teil der verlängerten Studienzeiten geht – nach dem Konzept zur Erfassung des Erwerbspersonenpotentials – darauf zurück.<sup>7</sup>

Zur Stillen Reserve *im weiteren Sinn* werden die folgenden Personengruppen, die sich auch statistisch präzise nachweisen lassen, gerechnet:

– Personen, die sich in AFG-geförderter beruflicher Vollzeit-Weiterbildung und in Sprachlehrgängen (Deutsch für Aussiedler, Asylberechtigte und Kontingentflüchtlinge) befinden.

– Ältere Beziehher von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, soweit sie der Arbeitsvermittlung nicht mehr zur Verfügung stehen, und die deshalb nicht mehr als Arbeitslose gezählt werden (§ 105c AFG) sowie Empfänger von Vorruhestandsleistungen. Entscheidend für ihre Zuordnung ist, daß diese Personen unter günstigen Bedingungen am Arbeitsmarkt beschäftigt wären oder eine Beschäftigung anstreben. Irrelevant ist dagegen, daß sie unter der gegenwärtigen schwierigen Arbeitsmarktlage die Hoffnung auf einen Arbeitsplatz mehr oder weniger aufgegeben haben.

– Beziehher von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, die während einer Erkrankung, soweit diese dem Arbeitsamt gemeldet wird, nicht im Arbeitslosenbestand geführt werden (§ 105b AFG). Diese Zuordnung mag nicht ganz zufriedenstellen, da Kranke dem Arbeitsmarkt vorübergehend nicht zur Verfügung stehen. Aber diese konzeptionelle Abgrenzungsschwäche betrifft auch alle Erwerbsstatistiken: Denn jeder arbeitsunfähig erkrankte Erwerbstätige wird analog gleichwohl als Erwerbstätiger gezählt.

– Personen, die Arbeitslosengeld oder -hilfe bei nicht nur vorübergehender Minderung ihrer Erwerbsfähigkeit beziehen und baldmöglichst einen Antrag auf Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrente stellen müssen (§ 105a AFG).

Mit diesen Ausführungen sollte erneut verdeutlicht werden, daß die Stille Reserve unverzichtbarer Bestandteil vollstän-

diger Arbeitsmarktanalysen ist. Dabei wird eingeräumt, daß man über die (vollständige) Einbeziehung der einen oder anderen Personengruppe in die Stille Reserve i.w.S. streiten kann.

Die Stille Reserve i.e.S. erhöhte sich 1995 um 0,2 Mio auf 1,6 Mio Personen. Dabei entfiel der größere Teil der Zunahme auf ausländische Arbeitskräfte. Bei der Stillen Reserve i.w.S. war eine Zunahme um 30 000 auf 550 000 Personen zu verzeichnen, insbesondere weil arbeitsmarkt- und sozialpolitische Maßnahmen nach dem AFG verstärkt in Anspruch genommen wurden.

## 1.2 Neue Bundesländer 1995

Auch in diesem Teil Deutschlands fiel das Wachstum schwächer aus als allgemein erwartet. Nach neuen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes erhöhte sich das BIP um 5<sup>1/2</sup> %, nach + 8<sup>1/2</sup> % im Jahr 1994. Dennoch hat der Wachstumsprozeß weiter an Breite gewonnen, und auch das Verarbeitende Gewerbe trug stärker dazu bei. Gleichwohl bleibt die industrielle Basis vorerst schmal. Zur Wertschöpfung in den neuen Bundesländern steuerte das Verarbeitende Gewerbe (einschließlich Bergbau und Energie) zuletzt nur 19 % bei (alte Bundesländer: 28 %).<sup>8</sup> Auch deshalb kann die Wirtschaft nur relativ wenig Exportnachfrage auf sich ziehen, was für Wachstum und Beschäftigung so wichtig wäre.

Damit im Zusammenhang, freilich auch aus anderen Gründen, blieb das Verhältnis von inländischer Nachfrage zu inländischer Produktion sehr unausgewogen. Der Wert aller in den neuen Bundesländern verbrauchten und investierten Waren und Dienste („letzte inländische Verwendung“) dürfte auch 1995 um annähernd 80 % über die inländische Produktion hinausgegangen sein. Mit anderen Worten: Nur etwa 60 % der gesamten Nachfrage in den neuen Bundesländern werden dort auch produktionswirksam. Hier liegt nach wie vor ein ausgesprochener Schwachpunkt für Wachstum und Beschäftigung.

Weit überproportional trägt inzwischen die Bauwirtschaft zur Wertschöpfung bei: Während sich der Anteil der Bauproduktion in den alten Bundesländern auf 5 % beläuft, erreicht er in den neuen 17 %. Handel und Verkehr vereinigen auf sich 14 %, ähnlich wie in den westlichen Ländern. Dagegen bleiben die unternehmens- und haushaltsbezogenen Dienstleistungen mit 24 % weit hinter dem Gewicht in den alten Bundesländern zurück (35 %). Auffallend ist, daß sich der Anteil dieser Dienstleistungen im Osten seit 1992 kaum erhöht hat. Dies stützt die These, wonach unternehmensbezogene Dienste bis zu einem gewissen Grad in ihrer Entwicklungsfähigkeit von der Produktion des Verarbeitenden Gewerbes im Umfeld abhängen. Gerade unter arbeitsmarktlichem Aspekt ist die Abhängigkeit dieser Dienstleistungen vom sekundären Sektor bedeutsam.

Staat und Organisationen ohne Erwerbszweck zusammen erbrachten 1995 im Osten knapp 20 % der Wertschöpfung. Vor allem im Zusammenhang mit dem Personalabbau im öffentlichen Bereich hat sich dieser Anteil seit 1991 um über 5 %-Punkte verringert. Er liegt aber noch immer deutlich über dem Wert in den westlichen Ländern (1995: 13 %).

## Die Nachfrage nach Arbeitskräften 1995 in den neuen Bundesländern

Die Erwerbstätigkeit nahm 1995 weiter zu, wiewohl die Aufwärtstendenz nicht mehr so ausgeprägt war wie 1994. Im zweiten Halbjahr ließ der Schwung merklich nach, auf das Jahresende zu ging er in Stagnation über.

Von Einfluß auf den Verlauf war der unterschiedliche Einsatz von Beschäftigungschaffenden Maßnahmen: Während diese in den ersten Monaten des Jahres noch merklich ausgedehnt werden konnten, wurden sie auf das Jahresende zu deutlich zurückgefahren. Aber auch wenn man die Beschäftigungsentwicklung davon „bereinigt“, hat die Expansion der Erwerbstätigkeit stark nachgelassen. Im Jahresmittel 1995 betrug sie 6,4 Mio Personen und übertraf damit den entsprechenden Vorjahresstand um 0,1 Mio. Ein rechnerischer Überhang aus dem Jahr 1994 und die noch positive Entwicklung bis in den Sommer hinein trugen gleichermaßen dazu bei. Mit Blick auf die Projektion für 1996 ist der gebremste Verlauf allerdings wichtiger als das vergleichsweise günstige Bild bei jahresdurchschnittlicher Betrachtung.

Die folgende Darstellung der Entwicklung nach Wirtschaftsabteilungen dient vor allem der Suche nach Hinweisen auf mögliche Tendenzen im Jahr 1996.

Triebfeder für den Beschäftigungsaufbau im abgelaufenen Jahr war die Bauwirtschaft, maßgebend wegen der günstigen Entwicklung der Bauinvestitionen, die um 10 % zunahmen. So stieg allein die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Bauhaupt- und Baunebengewerbe im Jahresdurchschnitt um 70 000. Die Bedeutung der Bautätigkeit für den Arbeitsmarkt wird damit nur unvollständig beschrieben. Vorgelagerte, nebengelagerte und nachgelagerte Aktivitäten im Zusammenhang mit Bauinvestitionen strahlen erheblich auf andere Bereiche aus. Beispielhaft seien die Baustoffindustrie, das Transportgewerbe sowie Planungs- und Architekturbüros genannt. Der mit den Bauinvestitionen verbundene gesamtwirtschaftliche Beschäftigungseffekt ist also weit größer zu veranschlagen als die im Baugewerbe beobachtete Beschäftigungszunahme.

Der andere Expansionsbereich waren die unternehmens- und haushaltsbezogenen Dienstleistungen. Dazu rechnen u. a. Hotels und Gaststätten, der medizinische Bereich, die breite Palette von Beratungs- und Serviceunternehmen sowie das Reinigungsgewerbe. Insgesamt dürfte in dieser Wirtschaftsabteilung die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Jahresdurchschnitt 1995 um etwa 70 000 Personen gestiegen sein.

Darüber hinaus scheint es im Handel insgesamt – im zweiten Jahr hintereinander – zu einem leichten Beschäftigungsaufbau gekommen zu sein. Dagegen stagnierte die Erwerbstätigkeit im Bank- und Versicherungsbereich. Das Verkehrs- und Nachrichtenwesen verzeichnete weiterhin einen geringen Beschäftigungsrückgang. Bei den Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen setzte sich der Personalabbau fort. Der Kreis der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten verringerte sich hier im Jahresmittel um 60 000 Personen. Allerdings wird damit die Abnahme des gesamten Personalbestands im öffentlichen Sektor etwas überzeichnet, denn zugleich gab es durch weitere Verbeamtungen eine gewisse Gegenentwicklung.

Bei den Organisationen ohne Erwerbszweck kam die Expansion der vergangenen Jahre zum Stillstand. Zum Anstieg von 1992 bis 1994 hatten u. a. Auslagerungen aus dem staatlichen

<sup>8</sup> Zu den Wertschöpfungsdaten vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1995/1996, Stuttgart 1995, S. 79.

Bereich sowie Beschäftigungschaffende Maßnahmen beigetragen.

Im Warenproduzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) blieb es 1995 trotz beachtlicher Steigerung der Wertschöpfung bei einem leichten Rückgang der Erwerbstätigkeit. Dabei war die Entwicklung nach Betriebsgrößenklassen weiterhin unterschiedlich. So weist die Bereichsstatistik des Statistischen Bundesamtes, die ausschließlich Betriebe ab 20 Beschäftigten erfaßt, im Jahresdurchschnitt 1995 noch einen Rückgang um 40 000 oder 6 % aus, während die Datei der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die alle Betriebe berücksichtigt, nur eine Abnahme um etwa 20 000 Personen oder 2 % signalisiert. Nach wie vor ist also die Entwicklung bei den kleineren Betrieben günstiger als bei den größeren.

### *1.2.2 Das Angebot an Arbeitskräften 1995 in den neuen Bundesländern*

Der Rückgang des Arbeitsangebots hielt 1995 an. Wir veranschlagen ihn auf knapp 150 000 Personen, und damit etwas geringer als 1994. Hatten nach der deutschen Vereinigung zunächst Wegzüge und ein anschwellender Pendlerstrom das Erwerbspersonenpotential stark reduziert, verändern mittlerweile beide Komponenten das Potential nicht mehr nennenswert. Entlastend wirkte, wie schon zuletzt, maßgebend die rückläufige Erwerbsbeteiligung.

Die Frage, wie der gesellschaftliche Transformationsprozeß auf die Erwerbsneigung der Bevölkerung wirkt, wird seit längerem intensiv diskutiert. Wir haben diese Entwicklung anhand des Mikrozensus, des Arbeitsmarkt-Monitors sowie anderer Erhebungen erneut analysiert und sind zu folgendem Schluß gekommen: Ein Verzicht auf den Wunsch nach Erwerbstätigkeit ist beim Gros der erwerbsfähigen Personen auch unter den ungünstigen Beschäftigungsaussichten nach wie vor nicht zu beobachten.<sup>9</sup> Vieles spricht dafür, daß sich der Angleichungsprozeß an die Verhaltensweisen in den alten Bundesländern nur ganz allmählich vollzieht.<sup>10</sup> Auch Untersuchungen speziell zu den Erwerbswünschen von Jugendlichen weisen auf eine anhaltend hohe Erwerbsneigung hin, und zwar bei männlichen und weiblichen Jugendlichen gleichermaßen.<sup>11</sup>

Obwohl wir bei unserer Angebotsprognose vor einem Jahr den Rückgang der Erwerbsneigung schon eher zurückhaltend eingeschätzt hatten, waren wir noch nicht vorsichtig genug. Wir hatten damals die aus der Verhaltenskomponente resultierende Abnahme auf 200 000 Personen veranschlagt, im Licht neuerer empirischer Befunde erscheint nur noch eine Reduktion um 150 000 Personen plausibel.

Auch die Entwicklung der verschiedenen Konten im Rahmen der Arbeitsmarktbilanz legt eine ähnliche Einschätzung nahe. Hätten sich unsere Annahmen über die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung realisiert, dann hätte sich bei der prognostizierten und auch eingetretenen Beschäftigungsentwicklung

die Arbeitslosigkeit tendenziell günstiger entwickeln müssen als tatsächlich geschehen. Diese Feststellung wird noch dadurch bekräftigt, daß mehr Arbeitsangebot über berufliche Weiterbildung, Vorruhestand und Regelungen nach § 105 AFG aufgefangen wurde als in unserer Prognose angesetzt war, der Größenordnung nach zusätzlich 50 000 Personen. Auch diese größere „Bindung“ von Arbeitsangebot hätte in Richtung weniger Arbeitslosigkeit gewirkt – aber immer unter der Bedingung, daß das Arbeitsangebot auch um 200 000 Personen zurückgeht. Beide Überlegungen sind Hinweise darauf, daß mehr Arbeitsangebot „am Markt“ geblieben ist als ursprünglich angenommen.

Insgesamt veranschlagen wir jetzt die aus der Verhaltenskomponente resultierende Abnahme des Erwerbspersonenpotentials für 1995 auf, wie gesagt, 150 000 Personen, was einer Verringerung der Erwerbspersonenpotentialquote um 1½ %-Punkten entspricht (Prognose 1995: – 2 %-Punkte). Dazu trug eine wachsende Bildungsbeteiligung (außerhalb der AFG-geförderten Maßnahmen) der jüngeren Altersgruppen bei, also im wesentlichen längerer Besuch allgemeinbildender Schulen und eine größere Studierneigung. Darüber hinaus wirkt eine sinkende Erwerbsneigung bei den älteren Jahrgängen und bei verheirateten jüngeren Frauen in diese Richtung.

Hinzu kommen noch reduzierende Wirkungen aus den Veränderungen der Bevölkerungszahl und ihrer Altersstruktur in einer Größenordnung um 20 000 Personen.<sup>12</sup> Aus den Wanderungsbeziehungen zwischen den alten und den neuen Bundesländern resultierten 1995 nur noch wenig dämpfende Effekte für das Arbeitsangebot. Sie wurden durch Zuwanderungen aus dem Ausland, insbesondere von Spätaussiedlern und Asylbewerbern, leicht überkompensiert. Bei den Pendlerbewegungen dürfte es kaum Veränderungen gegeben haben, so daß das Potential dadurch kaum beeinflusst wurde.

### *1.2.3 Die Arbeitsmarktbilanz 1995 in den neuen Bundesländern*

Bei einem Arbeitsangebot von 8,4 Mio Personen und einer Arbeitsnachfrage von 6,4 Mio Personen ergibt sich ein nichtbeschäftigter Teil des Erwerbstätigenpotentials von 2 Mio Personen, etwa eine Viertel Million weniger als 1994. Von dieser Abnahme entfielen auf die registrierte Arbeitslosigkeit knapp 100.000 Personen, die damit im Jahresdurchschnitt 1,05 Mio betrug, und 150 000 auf die Stille Reserve, die reichlich 0,9 Mio Personen ausmachte.

Zur besseren Transparenz unterscheiden wir zwischen Stiller Reserve im engeren und Stiller Reserve im weiteren Sinn. Bei der zweiten ergab sich ein Rückgang um etwa 260 000 auf 670 000 Personen. Damit hielt sich die Abnahme in engeren Grenzen – und zwar um etwa 50 000 – als von uns vorausgeschätzt. Maßgebend für diese Abweichung waren ein langsamerer Rückgang bei den Personen in Vorruhestandsregelungen und mehr Teilnehmer in berufliche Weiterbildung.

Die Stille Reserve i.e.S. errechnet sich dann als Residualgröße spitz auf 266 000 Personen, gut 100 000 mehr als ein Jahr zuvor. In unsere damalige Rechnung war ein größerer Anstieg, um 150 000, eingestellt. Maßgebend dafür war die Annahme eines stärkeren Übergangs aus registrierter Arbeitslosigkeit, vor allem im Zusammenhang mit ausgeschöpften Leistungsansprüchen. Tatsächlich aber hat sich dieser Prozeß nicht beschleunigt, sondern verlangsamt. Daraus ziehen wir auch Konsequenzen für die Vorausrechnung des Jahres 1996.

<sup>9</sup> Vgl. Pfeiffer, B., Erwerbsbeteiligung und Stille Reserve ostdeutscher Frauen, in diesem Heft.

<sup>10</sup> Vgl. Meulemann, H., Aufholenden und Systemeffekte – Eine Übersicht über Wertunterschiede zwischen West- und Ostdeutschland, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 40 - 41/95, S. 27 - 28.

<sup>11</sup> Vgl. Bertram, B., Gleichbleibend hohe Erwerbsansprüche und steigende Jugendarbeitslosigkeit, in: *Sozialreport-Sonderheft 2/1995*, S. 12.

<sup>12</sup> Vgl. Fuchs, J., Magvas, E., Thon, M., Erste Überlegungen zur künftigen Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials im Gebiet der neuen Bundesländer, in: *MittAB 4/91*, S. 704.

## 2 Die Perspektiven 1996

Die Erwartungen für das Wirtschaftswachstum im Jahr 1996 wurden während der letzten Monate zurückgenommen. Wesentlich dafür ist die gedämpfte Entwicklung seit Herbst vergangenen Jahres. Die meisten Prognosen sehen darin aber nur eine vorübergehende Abschwächung, die im Verlauf des Jahres 1996 überwunden werden kann.

Dafür sprechen die konjunkturellen Rahmendaten. So werden die Aussichten für die Weltwirtschaft insgesamt günstig eingeschätzt. Allgemein rechnet man mit einer Zunahme der Produktion weltweit um 4 bis 6 %, ähnlich wie 1995.<sup>13</sup> Das Wachstum des Waren- und Dienstleistungshandels wird wegen der fortschreitenden internationalen Arbeitsteilung noch darüber hinausgehen. Allerdings wird Westeuropa – und damit Deutschland – von der Expansion wohl nur unterdurchschnittlich profitieren. Immerhin sprechen die nach dem IFO-Konjunkturtest<sup>14</sup> besseren Exporterwartungen dafür, daß auch die deutsche Ausfuhr 1996 wieder deutlich zunimmt, zumal eher mit Abwertungs- als mit Aufwertungstendenzen der Mark gerechnet wird. Hinzu kommt binnenwirtschaftlich eine Steuerentlastung der privaten Haushalte, die Hoffnungen für den privaten Verbrauch macht. Außerdem gibt es auf den deutschen Waren- und Dienstleistungsmärkten derzeit keine Verspannungen. Und nicht zuletzt: Das Zinsniveau in Deutschland ist – im internationalen Vergleich – gegenwärtig relativ niedrig.

Dennoch bestehen Unsicherheiten. Auf der einen Seite sprechen zwar die konjunkturellen Rahmenbedingungen dafür, daß sich die Auftriebskräfte früher oder später im Jahr 1996 erneut durchsetzen. Dem stehen andererseits aber weiterhin erhebliche strukturelle Probleme am Standort Deutschland gegenüber, die nur langsam abgebaut werden (können).

Unstrittig ist: Die deutsche Wirtschaft ist in den letzten Jahren produktiver geworden und hat so ihre Angebotsbedingungen verbessert. Der Kapitaleinsatz wurde verstärkt, Produktionsabläufe wurden rationalisiert und neue Formen der Arbeitsorganisation eingeführt. Nicht so einhellig ist das Urteil hinsichtlich der Produktinnovation. Die einen Untersuchungen belegen intensive Bemühungen und Fortschritte<sup>15</sup>, andere äußern sich dazu eher skeptisch.<sup>16</sup> Wie dem auch sei: Ob alles schon ausreicht, um mehr Schwung in Produktion und Beschäftigung zu bringen, ist angesichts der fortschreitenden Globalisierung der Märkte und immer mehr internationaler Wettbewerber offen, zumal sich der Kostendruck wieder verstärkt hat und Unsicherheit darüber besteht, ob es bald zu den dringend erforderlichen Kostenentlastungen kommt.

Unsicherheiten bestehen auch darüber, wie die näherrückende Europäische Währungsunion wirkt. Die Maastricht-Kriterien, die über die Teilnahme an der gemeinsamen Euro-Währung entscheiden, fördern den auch unabhängig von diesem

Vorhaben notwendigen Zwang zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in vielen Ländern. Dies ist ein wichtiger Schritt in Richtung verbesserte Bedingungen für privates Investieren, für mehr Wachstum und Erwerbstätigkeit. Ob diese indes rasch zum Tragen kommen, ist nicht sicher. Es kann durchaus sein, daß die aus den gleichgerichteten Konsolidierungsbemühungen resultierenden konjunkturendämpfenden Einflüsse zunächst einmal das Übergewicht haben, sich möglicherweise sogar gegenseitig verstärken.

Es sind nicht zuletzt diese vielfältigen, zu einem erheblichen Teil gegenläufig wirkenden Faktoren, die zu sehr unterschiedlichen Prognosen über die wirtschaftliche Entwicklung führen. Das IAB legt seinen Vorausschätzungen zum Arbeitsmarkt auch diesmal Varianten über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zugrunde. Das IAB betrachtet dabei nach wie vor die Entwicklung für West und Ost getrennt.

### 2.1 Alte Bundesländer 1996

Die wirtschaftlichen Aktivitäten waren in den ersten Monaten des Jahres 1996 deutlich gedämpft. Dazu trug auch der harte und lange Winter bei. Welchen Kurs die makroökonomischen Aggregate Verbrauch und Investition im Verlauf des Jahres nehmen, läßt sich auch jetzt noch schwer abschätzen. Viel Wahrscheinlichkeit hat ausschließlich eine gewisse Belebung des Exports für sich. Wie schnell sie zum Tragen kommt, und wie stark sie ausfällt, ist freilich unklar.

Angesichts dieser Unsicherheiten legt das IAB seinen Arbeitsmarktprojektionen eine größere Bandbreite der wirtschaftlichen Entwicklung zugrunde als im letzten Jahr. Die untere Variante, ein unverändertes BIP, steht für Stagnation, die mittlere Setzung (+ 3/4 %) und die obere (1 1/2 %) entsprechen einer wirtschaftlichen Erholung, früher oder später im Jahresverlauf 1996. Untere und obere Variante verstehen wir als Grenzen eines Korridors, innerhalb dessen die Entwicklung mit hoher Wahrscheinlichkeit verlaufen wird.

#### 2.1.1 Die Nachfrage nach Arbeitskräften 1996 in den alten Bundesländern

Über die Arbeitsnachfrage befindet – makroökonomisch gesehen – das Zusammenspiel von Wachstum, Arbeitszeit- und Produktivitätsentwicklung. Dabei ist immer im Auge zu behalten, daß diese Größen nicht unabhängig von einander sind. Gleichwohl ist das Wirtschaftswachstum die bestimmende Kraft, speziell auf die kurze Sicht eines Jahres. Die Rechenergebnisse für alle Varianten finden sich in der Tabelle 1. Der folgende Text stellt im wesentlichen auf die mittlere Variante eines Wachstums des BIP um 3/4 % ab.

Bei der Projektion der *Arbeitszeit* nehmen wir generell ins Kalkül, daß es den Tarif- und Betriebsparteien gelingt, durch innovative Arbeitszeitgestaltung zur Beschäftigungssicherung beizutragen.

Die *tarifliche Wochenarbeitszeit* wird 1996 für etwa 0,8 Mio Arbeitnehmer um ca. 1 Wochenstunde verkürzt (u.a. Holzverarbeitung in Bayern, Kfz-Gewerbe in Hessen, Papierverarbeitende Industrie, Private Entsorgungswirtschaft). Diese Vereinbarungen bedeuten für die Gesamtarbeitszeit einen Rückgang um 0,2 Prozentpunkte. Rechnerisch kommen Überhänge aus dem Vorjahr dazu, insbesondere die Metall- und Elektroindustrie betreffend. Zusammen mit den vereinbarten Arbeitszeitkorridoren, die 1996 bei der abzusehenden Auftragslage tendenziell einen weiteren Rückgang der Wochenarbeitszeit im Saldo bedeuten werden, rechnen wir mit einem

<sup>13</sup> Vgl. z.B. Institut für Weltwirtschaft, Vor einer Besserung der Konjunktur in den Industrieländern, in: Kieler Kurzberichte, 6/96.

<sup>14</sup> Vgl. Röhm, Th., Hoffnungen auf schnelle Belebung der Weltkonjunktur erfüllen sich vorerst nicht, Ergebnisse des 51. ifo Konjunkturtest International, in: ifo Schnelldienst 7-8/1996, S. 8 - 12.

<sup>15</sup> Vgl. z.B. Süßmuth, R., Innovation, Bildung und Forschung, in: ifo Schnelldienst 7-8/1996, S. 3 - 6

<sup>16</sup> Vgl. etwa: Bericht an das Bundesministerium für Bildung Wissenschaft, Forschung und Technologie, erstellt durch das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung, Hannover, DIW Berlin, Frankfurter-Institut für Systematik und Innovationsforschung, Karlsruhe, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim 1995.

Effekt bezogen auf alle Arbeitnehmer im Durchschnitt von – 0,5 %-Punkten.

Der in den letzten Jahren verstärkte Trend zur freiwilligen *Teilzeitarbeit* dürfte anhalten. Dafür sprechen auch die vielfältigen Initiativen zur Forcierung dieser Beschäftigungsform. Wir stellen uns vor, daß die Teilzeitquote, also der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen abhängig Beschäftigten, von 18,3 % im Vorjahr auf 19 % steigt. Dies bedeutet – bezogen auf alle Arbeitnehmer – einen Effekt für die Arbeitszeit von – 0,3 %-Punkten.

Wegen des schwachen Wachstums gehen wir davon aus, daß die „akzeptierte“ Teilzeitarbeit zur Sicherung von Beschäftigungsverhältnissen 1996 weiterhin eine gewisse Rolle spielen wird. So wurden entsprechende Rahmenregelungen 1995 verlängert und andere kamen hinzu. Ende Februar vereinbarten die Tarifparteien für 1996 fünf Freischichten für den Steinkohlenbergbau. Mangels besserer Hypothesen haben wir eine gleichgroße Personenzahl (0,5 Mio Arbeitnehmer) in unsere Rechnung eingesetzt wie im Vorjahr. Wir gehen allerdings davon aus, daß der damit verbundene durchschnittliche Arbeitsausfall angesichts einer bei vielen Betrieben verschlechterten Auftragslage größer sein dürfte als 1995 (Effekt: – 0,1 %-Punkte).

Kürzere Auftragsdecken, insbesondere in der Bauwirtschaft, werden auch zu mehr Kurzarbeit führen. Ein Niveau der Kurzarbeit wie Mitte der siebziger und Anfang der achtziger Jahre bei vergleichbar schwachem Wachstum wird aber wohl nicht erreicht. Dabei sind die gegenüber damals eingetretene Verteuerung der Kurzarbeit (keine Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge durch die Bundesanstalt) einerseits und die jetzt stärker praktizierten kostengünstigeren Formen der Arbeitszeitflexibilisierung andererseits in Rechnung zu stellen. Für unsere mittlere Variante stellen wir uns knapp  $\frac{1}{4}$  Mio Kurzarbeiter im Jahresdurchschnitt vor (Effekt: – 0,1 %-Punkte).

Zugleich rechnen wir wegen des mehr oder weniger gedämpften Geschäftsgangs mit einer abnehmenden Zahl an *Mehrarbeitsstunden*. Gezielte Bemühungen in den Betrieben könnten unter bestimmten Bedingungen eine Entwicklung in dieser Richtung forcieren. Die Chancen dafür sind unterschiedlich. Zum einen lassen sich Mehrarbeitsstunden in größeren Betrieben tendenziell leichter vermeiden als in kleineren.<sup>17</sup> Zum anderen beeinflussen die Ursachen für Mehrarbeitsstunden den Grad ihrer Steuerung. Plötzlich notwendige Reparaturarbeiten sind in diesem Zusammenhang anders zu sehen als zusätzliche Auftragsgänge, soweit sie nicht von heute auf morgen abgearbeitet werden müssen. So sind Mehrarbeitsstunden weder ein unabdingbarer Block noch eine beliebige Manövriermasse. Das IAB hält für das Jahr 1996 eine Reduktion unter das Niveau des Rezessionsjahres 1993 bei der unteren und der mittleren Variante der wirtschaftlichen Entwicklung für möglich (Effekt: – 0,9 bzw. – 0,6 %-Punkte).

<sup>17</sup> Das IAB-Betriebspanel zeigt über alle drei bis jetzt gelaufenen Befragungswellen, daß Mehrarbeitsstunden, gemessen am jeweiligen betrieblichen Arbeitsvolumen, in Klein- und Mittelbetrieben größeres Gewicht zukommt als in größeren Betrieben. Vgl. Projektgruppe IAB-Betriebspanel (Bellmann, L., Düll, H., Kühl, J., Lahner, M.), Flexibilität von Betrieben in Deutschland. Beitrag zum OECD-Projekt „Flexible Enterprise“ für das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Nürnberg 1996.

<sup>18</sup> Vgl. Schnur, P., Verarbeitendes Gewerbe West: Unternehmen rechnen mit weiterem Personalabbau, IAB-Kurzbericht Nr. 4/1995; Goldrian, G., Ruppert, W., Schnur, P., Beschäftigung und Arbeitsproduktivität im Verarbeitenden Gewerbe, IAB-Werkstattbericht Nr. 5/1995.

Besonders schwer fällt es, den Schlechtwettereffekt im Baugewerbe zu beziffern. Zum geänderten Recht kommen ein harter Winter und eine schwache Baukonjunktur. Statistische Informationen, die jetzt weitgehend außerhalb der Bundesanstalt für Arbeit erhoben werden müssen, stehen (noch) nicht zur Verfügung. Aber auch für den Teil des Arbeitsausfalls der weiterhin von den Arbeitsämtern finanziert wird, liegen bis jetzt keine Daten vor. Mangels Informationen und besserer Hypothesen haben wir angenommen, daß der Schlechtwettereffekt im Durchschnitt aller Arbeitnehmer noch mit einer Stunde im Jahr 1996 zu Buch schlägt. Das wäre etwa ein Drittel des langjährigen Durchschnitts. Glücklicherweise fällt diese Komponente im gesamten Rechenwerk nicht ins Gewicht.

Insgesamt könnte so die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit je Arbeitnehmer – bei der mittleren Variante – um knapp  $1\frac{1}{2}$  % abnehmen. Bei den Selbständigen und Mithelfenden rechnen wir mit keiner Veränderung. Die Arbeitszeitentwicklung für beide Personengruppen zusammengewichtet – also die Rechnung je durchschnittlichen Erwerbstätigen – ergibt dann einen Rückgang um 1 %.

Arbeitszeitverkürzungen wirken tendenziell in Richtung auf eine Zunahme der *Arbeitsproduktivität*. Dies gilt gerade auch dann, wenn die Betriebe durch flexible Arbeitszeiten elastischer auf Nachfrageschwankungen reagieren können. Die Spielräume dafür sind jetzt größer als früher und werden auch zunehmend genutzt. Darüber hinaus fördern Kostendruck und begrenzte Chancen für Preisüberwälzungen die Rationalisierungsbemühungen. Auch die eher auf Zurückhaltung gestimmten Personaldispositionen von Betrieben und Verwaltungen werden wiederum mit einem produktivitätserhöhenden Effekt verbunden sein. All dies legt nahe, daß die Arbeitsproduktivität auch 1996 merklich zunimmt. Neuere empirische Untersuchungen deuten ebenfalls auf eine mittelfristig wieder etwas beschleunigte Entwicklung der Arbeitsproduktivität hin.<sup>18</sup>

Aufgrund von Erfahrungswerten ist es aber unwahrscheinlich, daß der Produktivitätsfortschritt auch im dritten Jahr nacheinander über den Trend hinausgeht, jedenfalls bei mehr oder weniger gedämpften wirtschaftlichen Aktivitäten. So stellen wir uns für die untere und mittlere Variante vor, daß das Produktionsergebnis je Erwerbstätigenstunde 1996 um  $2\frac{1}{2}$  % gesteigert wird. Nur für den Fall eines stärkeren Wachstums (obere Variante) rechnen wir mit einer stärkeren Zunahme (+ knapp 3 %), weil dann auch die bessere Kapazitätsauslastung produktivitätssteigernd zu Buch schlägt.

Kommt es zu einer Konstellation von  $+\frac{3}{4}$  % BIP, – 1 % Arbeitszeit und  $2\frac{1}{2}$  % Zunahme der Arbeitsproduktivität je Stunde, also zur mittleren Variante, würde die Erwerbstätigkeit um 200 000 Personen oder gut  $\frac{1}{2}$  % abnehmen.

Branchenprojektionen deuten darauf hin, daß die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe überdurchschnittlich zunehmen könnte. Dennoch dürfte das Produktionswachstum immer noch mit einem Abbau von Beschäftigung verbunden sein, jedenfalls im Jahresdurchschnitt (– 0,1 Mio). In der Bauwirtschaft – Bauhaupt- und Baunebengewerbe zusammen – wird sich der Beschäftigungsrückgang wegen der schwächeren Baukonjunktur spürbar verstärken (– 0,1 Mio). Allein die Dienstleistungen werden bei den Arbeitsplätzen zulegen. Aber auch hier stehen Beschäftigungsgewinnen bei den einen Beschäftigungsverluste bei anderen gegenüber, so daß saldiert nur eine bescheidene Zunahme übrig bleibt (+ 0,05 Mio). Im primären Sektor setzt sich die leichte trendmäßige Abnahme fort.

### 2.1.2 Das Angebot an Arbeitskräften 1996 in den alten Bundesländern

Das Arbeitsangebot könnte 1996 immer noch leicht zunehmen, schätzungsweise um 40 000 Personen. Dabei sind die Binneneffekte demographischer Faktor und Veränderung in der Erwerbsbeteiligung sicherer zu kalkulieren und damit zuverlässiger als die Außeneffekte, die aus Wanderung und Pendlerbewegung resultieren und die mehr auf Setzungen beruhen.

Die Altersverschiebung in der *deutschen* Bevölkerung läßt das Potential erneut deutlich – um 240 000 Personen – abnehmen. Die trendmäßig steigende Erwerbsbeteiligung, vor allem der Frauen, kompensiert die demographische Wirkung nur noch zu gut einem Drittel (90 000). In einer Größenordnung von ebenfalls + 90 000 Erwerbspersonen liegen die Potentialeffekte aus der Wanderung von Deutschen, wobei sich Zuzüge aus den neuen Bundesländern und Wegzüge dorthin ziemlich ausgleichen. Der Anstieg kommt ausschließlich durch weitere Zuwanderung von Spätaussiedlern zustande. Zusammengefaßt nimmt das Erwerbspersonenpotential der deutschen Wohnbevölkerung um 75 000 Personen ab. Die Pendlerbeziehungen zu den neuen Ländern dürften sich im Saldo nur wenig ändern.

Für die Wanderung von *Ausländern* nehmen wir an, daß sich 1996 im näheren und fernerem Umfeld Deutschlands keine neuen Krisenherde auf tun, die zu unkalkulierbaren Flüchtlingsbewegungen führen. Im Gegenteil wird unterstellt, daß der Befriedigungsprozeß in Südosteuropa vorankommt und damit eine wesentliche Ursache für Asylzuwanderungen entfällt. Tritt diese Annahme ein und kommt auch die vorgesehene Rückführung der Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina ab Mitte 1996 in Gang, so könnte man sowohl mit abnehmenden Asylbewerberzahlen als auch mit leicht steigender Abwanderung rechnen. Den reduzierenden Effekt beider Komponenten für das Arbeitsangebot setzen wir – auf Jahresbasis gerechnet – mit 20 000 Personen an. Etwas geringer könnte die Zahl der Saisonarbeiter werden, wenn es gelingt, für diese Tätigkeiten zunehmend inländische Arbeitskräfte zu gewinnen.

Alle Komponenten zusammengefaßt, würde dann das Erwerbspersonenpotential der Ausländer – spitz gerechnet – um 115 000 Personen zunehmen, nach + 120 000 im Vorjahr. Nur zu einem geringen Teil resultiert dieser Anstieg aus der demographischen und der Verhaltens-Komponente, vielmehr aus dem Wanderungssaldo.

### 2.1.3 Die Arbeitsmarktbilanz 1996 in den alten Bundesländern

Bei einer Abnahme der Arbeitsnachfrage um 200 000 Personen, wie sie sich aus der mittleren Variante ergibt, und einer Zunahme des Arbeitsangebots um 40 000, würde der nicht-beschäftigte Teil des Erwerbspersonenpotentials nochmals um 240 000 Personen steigen (vgl. Tabelle 1).

<sup>19</sup> Vgl. Wohlers, E., Aufholprozeß in Ostdeutschland verliert an Schwung, in: Konjunktur von morgen (Hrsg.: HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg), 958/1996.

<sup>20</sup> Eine detaillierte Branchen-Studie über die Metall- und Elektroindustrie Sachsen-Anhalts und die neuen Bundesländer insgesamt auf der Basis der amtlichen Statistik des Verarbeitenden Gewerbes kommt aber zu ähnlich ernüchternden Befunden wie der schlichte Ansatz über wenige Makrogrößen. – Vgl. Brauttsch, H. und Schneider, H., Lohnangleichung, Beschäftigung und Produktivität in der Metall- und Elektroindustrie Sachsen-Anhalts, in: Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Wirtschaft im Wandel, 2/1996, S. 5 ff.

Folgt man den Erfahrungswerten aus der Vergangenheit über die Verteilung auf Arbeitslose und Stille Reserve, so kann mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt um 115 000 Personen bei einer gleichzeitigen Erhöhung der Stillen Reserve um 120 000 Personen gerechnet werden. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen würde dann für das westliche Bundesgebiet im Jahresmittel die Größenordnung von 2,68 Mio Personen erreichen. Im Falle stagnierender wirtschaftlicher Entwicklung (untere Variante) könnte die Arbeitslosenzahl um 185 000, im Falle eines Wachstums um 1 1/2 % (obere Variante) um 85 000 höher liegen als im Vorjahr.

## 2.2 Neue Bundesländer 1996

Die wirtschaftliche Entwicklung wird wohl auch 1996 in eher ruhigen Bahnen verlaufen. Wir rechnen mit Varianten der BIP-Zunahme von 3, 4 1/2 und 6 %. In diese Einschätzung geht vor allem die Überlegung ein, daß es sich nach wie vor um einen finanziell vielfältig gestützten und nicht um einen selbsttragenden Aufschwung handelt. Daneben werden von der Konjunktur in den alten Bundesländern nur mäßige Impulse ausgehen. Hinzu kommt die vorerst schmale Exportbasis. So kann auch eine etwas anziehende Auslandsnachfrage das Wachstum nur wenig fördern.<sup>19</sup>

Obwohl wir im Kontenschema der Arbeitsmarktbilanz formal keinen Unterschied zu den alten Bundesländern mehr machen, gehen wir bei der Schätzung der Erwerbstätigen weiterhin einen anderen Weg als im Westen. Wir berücksichtigen zwar zunehmend gesamtwirtschaftliche Aggregate und Kennziffern, stützen uns aber vor allem auf Kräftebedarfserhebungen und auf plausible Fortschreibungen der Beschäftigungstendenzen nach Wirtschaftsabteilungen. Darüber hinaus nehmen wir generell ins Kalkül, daß angesichts des anhaltenden Kostendrucks die Notwendigkeit intensiver Rationalisierung fortbesteht.

### 2.2.1 Die Nachfrage nach Arbeitskräften 1996 in den neuen Bundesländern

Sieht man zunächst auf den wahrscheinlichen Wachstumskorridor, den wir nach unten mit + 3 % und nach oben mit + 6 % abstecken, so wäre eine weitere positive Beschäftigungsentwicklung eher überraschend, denn: Allein für sich genommen, legt die noch immer gravierende Produktivitätslücke zu den alten Bundesländern eine ähnlich kräftige Steigerung der Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen wie bei der Produktion nahe, zumal sich Arbeitsplätze und Arbeitsorganisation allmählich den Gegebenheiten in den alten Bundesländern nähern, jedenfalls im Durchschnitt über alle Branchen und Betriebsgrößen hinweg. Dies gilt noch mehr, wenn man den Kostendruck berücksichtigt: Während das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je abhängig Beschäftigten 1995 bereits bei annähernd 75 % des Westniveaus angelangt ist, erreicht das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, also die Produktivität, noch keine 60 %.

Gegen so angelegte Überlegungen zur Beschäftigungsentwicklung kann geltend gemacht werden, daß diese Sicht der Zusammenhänge zu grob und zu einseitig ist, auch methodisch und empirisch lassen sich Einwände vorbringen.<sup>20</sup> Aber den Kern des Problems treffen sie doch: Eine gedeihliche Entwicklung für Wachstum und Beschäftigung ist bei dieser Konstellation schwer vorstellbar, insbesondere soweit die Produktion und damit die Beschäftigung interregionaler und internationaler Standortkonkurrenz unterliegt. In verschiede-

nen Unternehmensbefragungen kommt dies indirekt zum Ausdruck, ob man nun auf Investitionsplanungen, Exporterwartungen oder Personaldispositionen sieht.

Eine Erhebung des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle bei 300 Unternehmen des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes ergab, daß zwei Drittel der Auffassung sind, bis Ende 1995 eine Belegschaftsgröße erreicht zu haben, mit der die Wettbewerbsfähigkeit gesichert werden kann. Ein Drittel hält aber den Beschäftigtenstand für immer noch zu hoch. Insbesondere Großbetriebe mit über 500 Beschäftigten gehen weiterhin von einem nennenswerten Personalüberhang aus.<sup>21</sup>

Die von IAB und IFO seit 1992 halbjährlich bzw. jährlich durchgeführte Kräftebedarfserhebung<sup>22</sup>, die neben dem gesamten Unternehmenssektor auch die öffentlichen Verwaltungen einbezieht, läßt ebenfalls eine gedämpfte Beschäftigungsentwicklung erwarten. Danach rechneten im Spätherbst 1995 Betriebe und Verwaltungen insgesamt für 1996 mit einem leichten Rückgang ihres Personalbestands. Bei einem unterstellten Neugründungsgeschehen wie in den letzten Jahren könnte dies insgesamt auf eine stagnierende Erwerbstätigkeit hinauslaufen.

Die Frühjahrsumfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages, die Industrie, Bauwirtschaft, Handel und andere Dienstleistungen erfaßt, kommt zum Ergebnis, daß ein wachsender Anteil der Unternehmen im Osten mit einer Reduzierung der Beschäftigung rechnet. Waren es im Februar 1995 noch 18 %, so stieg dieser Anteil im Februar 1996 auf 27 %. Nur 10 % erwarten für das laufende Jahr höhere Beschäftigungszahlen, gegenüber 18 % ein Jahr zuvor.<sup>23</sup>

Die Herbstbefragung 1995 ehemaliger Treuhandunternehmen, die im Oktober über 2 200 Firmen mit knapp 1 Mio Beschäftigten beantworteten, läßt noch keine Konsolidierung des Personalbestandes in diesem Abschnitt der Wirtschaft erwarten. Vielmehr hat sich 1995 der Rückgang der Beschäftigung sogar wieder etwas beschleunigt. Für 1996 ist eine Reduzierung um 50 000 zu erwarten, nicht viel weniger als im vergangenen Jahr (vgl. Tabelle 3).<sup>24</sup> Hohe Lohnstückkosten, geringe Produktivität und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit werden als Gründe dafür genannt.

Mit Blick auf die Wirtschaftsabteilungen stellen wir uns vor, daß es in der Land- und Forstwirtschaft bei dem seit 1993 deutlich verlangsamten Rückgang der Erwerbstätigkeit bleibt (weniger als - 5 %). Einerseits erscheint zwar eine gewisse Konsolidierung erreicht, andererseits wird sich aber der Wandel der Betriebsstrukturen fortsetzen, was weiterhin mit Personalabbau verbunden sein dürfte.<sup>25</sup> Bei Energie und Bergbau wird sich der Personalbestand - nach den bekannten Planun-

gen der Großbetriebe - weiter deutlich reduzieren (Größenordnung - 10 %).

Schlüsselbereich für die Gesamtentwicklung der Beschäftigung wird das Baugewerbe sein. Allgemein wird nur noch mit einer stark verlangsamten Zunahme der Bauinvestitionen gerechnet. Wie dies auf die Beschäftigung in der Bauwirtschaft durchschlägt, ist schwer zu sagen. Nimmt man die verschiedenen Befragungsergebnisse zum Nennwert, so wäre ein leichter Beschäftigungsrückgang zu erwarten. Wir sind aber der Meinung, daß neben Risiken auch Chancen stehen. Sicherlich werden die öffentlichen Bauinvestitionen und der Wirtschaftsbau an Schwung verlieren. Offen ist aber die Frage, wieviel der Wohnungsbau davon kompensieren kann. Auch aufgrund der bis Ende 1995 günstigen Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung rechnen wir für den Jahresdurchschnitt 1996 mit Stagnation der Erwerbstätigkeit im Baugewerbe. Freilich fällt auch damit die in den letzten beiden Jahren wesentliche Stütze für das gesamtwirtschaftliche Beschäftigungswachstum aus.

Die ruhigere Entwicklung bei den Bauinvestitionen wird auch in Teilbereichen des Verarbeitenden Gewerbes dämpfend wirken. Obwohl es mit der Produktion insgesamt weiter aufwärtsgehen dürfte, rechnen wir immer noch mit einem leichten Rückgang der Beschäftigung, etwa in der Größenordnung des Vorjahres.

Im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung mischen sich für die Beschäftigung expansiv und kontraktiv wirkende Einflüsse. Nicht zuletzt wegen der langsameren Gangart in der Bauwirtschaft und wegen des fortschreitenden Personalabbaus bei Bahn und Post dürfte sich die Abnahme der Erwerbstätigkeit fortsetzen.

Im öffentlichen Dienst - Staat i.e.S. und Sozialversicherungen zusammen - nimmt die Beschäftigung weiter ab. Dies sehen die Haushalte vieler Körperschaften vor. Nach wie vor besteht ein Überhang an Personal, wenn man die westdeutsche Quote an Vollzeitbeschäftigten bezogen auf die Bevölkerungszahl als Orientierung gelten läßt. Mitte 1994 hatte er sich nach unseren Rechnungen noch auf 170 000 Personen belaufen. Durch vielfältige Teilzeit-Initiativen wird aber versucht, den Abbau möglichst sozial verträglich zu gestalten und zumindest zeitlich zu strecken. Schreibt man die Entwicklung des Jahres 1995 fort, würde der Personalstand 1996 um etwa 50 000 sinken.

Für das Kredit- und Versicherungsgewerbe, den Handel sowie für die Organisationen ohne Erwerbszweck erwarten wir nur geringe Veränderungen bei der Erwerbstätigkeit. Allein bei den Dienstleistungsunternehmen dürfte sich der spürbare Beschäftigungsaufbau fortsetzen, aber kaum beschleunigt. Angelehnt an die Entwicklung des Jahres 1995 ist ein Anstieg um weitere 70 000 vorstellbar.

Faßt man alle Veränderungen zusammen, ergäbe sich eine Abnahme um 30 000 abhängig Beschäftigte. Man kann gegen einen solchen Weg der Zusammenfassung intuitiver Einzelschätzungen etliches einwenden - unplausibel erscheint die Größenordnung der Gesamtveränderung bei der gegebenen ökonomischen Konstellation aber nicht. Entscheidend für die leichte Verschlechterung ist, daß die Bauwirtschaft als Beschäftigungsmotor ausfällt.

Neben abhängig Beschäftigten sind die Selbständigen und Mithelfenden zu berücksichtigen. Unterstellt man, daß sich das Gründungsgeschehen - netto gerechnet, also unter Berücksichtigung von Geschäftsaufgaben - leicht abgeschwächt

<sup>21</sup> Vgl. Rahneberg, H., Aufwärtstrend in der ostdeutschen Industrie hielt 1995 trotz Bremsspuren an, in: Wirtschaft im Wandel (Hrsg. Institut für Wirtschaftsforschung Halle), Nr. 2/1996, S. 4.

<sup>22</sup> Erhebung zum gesamtwirtschaftlichen Stellenangebot im 4. Quartal 1995, Veröffentlichung in Vorbereitung.

<sup>23</sup> Deutscher Industrie- und Handelstag, Wirtschaftslage und Erwartungen, Ergebnisse der DIHT-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern Februar 1996, Bonn 1996.

<sup>24</sup> Vgl. Wahse, J., Dahms, V., Schaefer, R., Beschäftigungsperspektiven von Ex-Treuhandfirmen, Befragung Oktober 1995, Institut für sozialökonomische Strukturanalysen Berlin.

<sup>25</sup> Vgl. Arbeitskräfte und Arbeitsleistung in den landwirtschaftlichen Betrieben in den neuen Ländern und Berlin-Ost 1991 bis 1994, in: Wirtschaft und Statistik, 6/1995, S. 452. Meinberg, R., Landwirtschaft und ländlicher Raum - Chancen für eine eigenständige Gestaltung, in: Ifo-Schnelldienst 17-18/95, S. 64-71. Mittelbach, H., Zur Lage der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 33-34/1995, S. 20-22.

fortsetzt, könnte die Zahl der Selbständigen und Mithelfenden um 30 000 steigen (vgl. die längerfristige Entwicklung in der Arbeitsmarktbilanz). Abhängige und Selbständige zusammengenommen, würde dann die Erwerbstätigkeit im Jahresdurchschnitt 1996 unverändert bleiben.

Bringt man diese Grundeinschätzung in Verbindung mit unseren Varianten der Entwicklung des BIP, so stellen wir uns vor, daß Stagnation der Erwerbstätigkeit zur mittleren Variante eines Wachstums um 4 1/2 % „paßt“. Sollte es nur zu einem BIP-Anstieg um 3 % (untere Variante) reichen, erscheint uns ein Rückgang der Erwerbstätigkeit um 50 000 Personen oder 1 % plausibel. Kommt es zu einer Zunahme um 6 %, könnte sich die Erwerbstätigkeit umgekehrt um 50 000 oder 1 % erhöhen.

### 2.2.2 Das Angebot an Arbeitskräften 1996 in den neuen Bundesländern

Beim Arbeitsangebot könnte es zu einer Abnahme um 130 000 Personen kommen. Der Rückgang würde sich damit in der Größenordnung des Durchschnitts der letzten vier Jahre halten.

Dreh- und Angelpunkt der Rechnung ist die Einschätzung der Erwerbsbeteiligung. Nach der Entwicklung in den letzten Jahren sollte man nicht auf eine verstärkte Abnahme setzen. Was die Bildungsbeteiligung (außerhalb der vom Arbeitsförderungsgesetz geförderten beruflichen Aus- und Weiterbildung) der jüngeren Altersgruppen betrifft, rechnen wir mit einem Anstieg. Dieser geht auf zwei Teilgrößen zurück: Einen längeren Besuch allgemeinbildender Schulen (Sekundarbereich II) und eine zunehmende Studierneigung. Während sich aber beim Schulbesuch die Verhaltensweisen schon in den letzten Jahren weitgehend an die in den alten Bundesländern angeglichen haben, läuft die Entwicklung der Studierneigung wesentlich langsamer. Beide Einflüsse zusammengenommen, veranschlagen wir den reduzierenden Effekt für die Erwerbspersonenpotentialquote jetzt nur noch auf 1/4 %-Punkt, absolut wären dies etwa 30 000 Personen.

Unabhängig von der wachsenden Bildungsbeteiligung wirken eine sinkende Erwerbsbeteiligung bei den älteren Jahrgängen und bei verheirateten jüngeren Frauen ebenfalls in Richtung auf ein abnehmendes Potential.<sup>26</sup> Gerade die Erfahrung des letzten Jahres legt aber nahe, den Rückgang gering anzusetzen. Wir nehmen an, daß die Erwerbspersonenpotentialquote aus diesen Gründen insgesamt nur um 1 %-Punkt sinken wird. Absolut bedeutet dies etwa 100 000 Personen.

Hinzu kommt eine demographisch bedingte Abnahme, die nach IAB-Berechnungen auf 30 000 Erwerbspersonen zu veranschlagen ist. Sie ist das Ergebnis der Veränderung von Zahl und Altersstruktur der Wohnbevölkerung. Dem stehen voraussichtlich das Potential vermehrende Effekte aus der Wanderung gegenüber. Bei annähernd ausgeglichenem Umzugsaldo zwischen östlichen und westlichen Bundesländern resultieren diese im wesentlichen aus Zuwanderung von Spätaussiedlern und Asylbewerbern, deren Größenordnung wir wie 1995 ansetzen. Ihre potentialerhöhende Wirkung um knapp 30 000 Personen ändert aber die Gesamtabnahme nicht entscheidend.

<sup>26</sup> Vgl. Behringer, F., Arbeitsmarktsituation von Frauen in den neuen Bundesländern: Erwerbsverhalten, frauenspezifische Beschäftigungsrisiken, betriebliche Handlungsspielräume, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Vierteljahresshefte zur Wirtschaftsforschung, 64. Jg. (1995), Heft 4, S. 590 ff.

### 2.2.3 Die Arbeitsmarktbilanz 1996 in den neuen Bundesländern

Die prognostizierte Entwicklung von Arbeitsnachfrage (mittlere Variante, also stagnierende Erwerbstätigkeit) und Arbeitsangebot zusammengesesehen, hätte einen Rückgang des nichtbeschäftigten Erwerbspersonenpotentials um etwa 130 000 auf knapp 1,9 Mio Personen zur Folge. Wie sich diese Abnahme auf registrierte Arbeitslosigkeit und Stille Reserve insgesamt verteilt, ist schwer vorauszusagen, weil sich stabile Verhaltensmuster in den wenigen Jahren nach der Vereinigung noch nicht herausgebildet haben. Dies ist auch ein Grund, warum die Prognosen der verschiedenen Institute zur Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern recht unterschiedlich sind.

Fest steht, daß das Konto Vorruhestandsregelungen weiter kräftig abschnilt. Es wird also nur noch ein kleiner Teil des nichtbeschäftigten Potentials hierüber aufgefangen. Gerade im Kontensystem der Arbeitsmarktbilanz wird deutlich, daß dies belastende Wirkungen für andere Konten hat. Die berufliche Weiterbildung könnte die Arbeitslosigkeit nach dem Haushaltsplan der BA etwa wie im Vorjahr entlasten.

Bei allen anderen Personengruppen, die in der Stillen Reserve i.w.S. erfaßt werden, rechnen wir nur mit kleinen Veränderungen, wobei Schätzfehler wegen der geringen Besetzungstärke für das Gesamtbild ohnehin nicht ins Gewicht fallen. Unsicher sind wir nur bei den älteren Arbeitslosen, die § 105c AFG in Anspruch nehmen können, also der Arbeitsvermittlung unter bestimmten Voraussetzungen nicht mehr zur Verfügung stehen müssen und bei entsprechender Erklärung dann auch nicht mehr als Arbeitslose gezählt werden. Weil aber diese Regelung in den neuen Bundesländern bislang nur wenig angenommen wurde, nehmen wir an, daß auch 1996 kein starker absoluter Anstieg einsetzt.

Für die gesamte Stille Reserve i.w.S. ist damit 1996 ein Rückgang um 0,2 Mio auf knapp 0,5 Mio Personen vorgezeichnet. Dies in Rechnung gestellt, verringert sich der noch „zuordnungsbedürftige“ Teil des nichtbeschäftigten Erwerbspersonenpotentials von insgesamt knapp 1,9 Mio Personen auf etwa 1,4 Mio Personen. Bis hierher sind wir auf der sicheren Seite.

Unsicherer ist der letzte Schritt der Verteilung auf Stille Reserve i.e.S. und auf registrierte Arbeitslosigkeit. Mangels besserer Hinweise orientieren wir uns an der Entwicklung der letzten Jahre. Sie zeigt, daß nicht nur das Erwerbspersonenpotential verhaltensbedingt erst ganz allmählich abnimmt, also keine Abkehr vom Erwerbsleben auf breiter Front stattfindet, sondern daß sich auch der nichtbeschäftigte Teil des Potentials nur sehr langsam in die Stille Reserve i.e.S. zurückzieht. Sein Gros bleibt bis jetzt „arbeitsmarktnah“ beim Arbeitsamt gemeldet.

Wir gehen auch für 1996 davon aus, daß eine Arbeitslosmeldung bzw. der Verbleib in Arbeitslosigkeit davon mitbestimmt wird, ob ein Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe besteht. Steigt der Anteil der Personen, die keinen Anspruch (mehr) auf diese Leistungen haben, steigt tendenziell der Anteil derer, die sich nicht (mehr) beim Arbeitsamt melden. Umgekehrt sinkt damit der Anteil der registrierten Arbeitslosigkeit am nichtbeschäftigten Erwerbspersonenpotential (hier: Arbeitslose + Stille Reserve i.e.S.). Für 1996 haben wir angenommen, daß der Anteil der Leistungsempfänger an der registrierten Arbeitslosigkeit erneut nur leicht abnehmen wird. Lag der Anteil der Stillen Reserve i.e.S. 1995 an der Summe aus registrierter Arbeitslosigkeit

und Stiller Reserve i.e.S. bei 20 %, so stellen wir uns auch für 1996 einen nur geringen Anstieg auf 21 % vor. Das würde bedeuten, daß sich die registrierte Arbeitslosigkeit um etwa 40 000 auf 1 090 000 Personen erhöht und die Stille Reserve i.e.S. geringfügig auf 290 000 Personen.

Auch ein Ost-West-Vergleich macht eine zwar steigende, relativ aber nach wie vor niedrige Quote der Stillen Reserve i.e.S. in den neuen Bundesländern plausibel. Während sie im Osten, wie gesagt, in diesem Jahr 21 % erreichen könnte, bewegt sie sich im Westen bei knapp 40 %. Zum einen liegt in den alten Bundesländern die Leistungsempfängerquote um etwa 10 % niedriger, zum anderen spielen Ausländer, die nicht arbeitslos registriert werden, eine beachtliche Rolle, während deren Zahl in den neuen Bundesländern noch mehr oder weniger vernachlässigt werden kann.

### 3 Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit (BA) 1995 und 1996

Die folgenden Entlastungsrechnungen (vgl. Tabellen 7a und 7b im Anhang) beziehen sich auf Maßnahmen der BA im Rahmen des AFG. Einbezogen sind der Kernbereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik – Kurzarbeitergeld, Beschäftigungschaffende Maßnahmen und Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Bildung – sowie arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im weiteren Sinne: Schlechtwettergeld, Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation, Sprachlehrgänge für Aussiedler, Asylbewerber und Kontingentflüchtlinge. Einbezogen sind auch die Vorruhestandsregelungen sowie die Regelung nach § 105 c AFG, wonach Bezieher von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe ab dem vollendeten 58. Lebensjahr nicht mehr der Arbeitsvermittlung verfügbar sein müssen und deshalb nicht mehr als Arbeitslose geführt und gezählt werden. Diese Regelung darf freilich nicht den Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik gleichgestellt werden, denn ihr Entlastungseffekt entsteht durch eine statistische Umbuchung in der Arbeitsmarktbilanz („registrierte Arbeitslose an Stille Reserve“). Die angeführten Maßnahmen haben mehr oder weniger arbeitsmarkt- bzw. sozialpolitische Wesenszüge.

Daneben gibt es freilich noch andere Maßnahmen nach dem AFG – z. B. Wintergeld, Eingliederungsbeihilfen, Einarbeitungszuschüsse, Hilfen zur Existenzgründung –, die aber aus verschiedenen Gründen nicht in diese Entlastungsrechnung einbezogen werden. Oft erhöhen sie zwar die Einstellungschancen bestimmter, z. B. schwer vermittelbarer Personen, ihr gesamtwirtschaftlicher Nettobeschäftigungseffekt ist aber doch schwer einzuschätzen.

Der maßnahmespezifischen Entlastungsrechnung für alte und neue Bundesländer werden aus aktuellem Anlaß einige generelle Überlegungen bzw. Erwägungen vorausgestellt.

So ist zu fragen, ob sich die im Jahr 1996 gegenüber den Jahren 1992 bis 1995 veränderte Konstellation von Einnahmen und Ausgaben der BA auf die Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Entlastungseffekte auswirkt. Nachdem die Haushalte der letzten Jahre jeweils mit 10 bis 24 Mrd. Defizit abgeschlossen haben, endet der gültige Haushaltsplan für das Jahr 1996 lediglich mit einem Fehlbetrag von 4,3 Mrd. DM. Jedes Defizit ist vom Bund aufzubringen und damit Teil des gesamtstaatlichen Defizits.

<sup>27</sup> 33 Mrd. x 0,30 - 4,3 Mrd. = 5,6 Mrd.

<sup>28</sup> Theoretisch könnten auch vom Haushaltsdefizit (- 4,3 Mrd.) negative Beschäftigungseffekte ausgehen (vermittelt über den Kapitalmarkt und Zins-effekte).

Es könnte nun vermutet werden, daß die Nettokosten der Arbeitsmarktpolitik (Ausgaben minus Einsparungen und Mehreinnahmen) vollständig oder zumindest mehr als in den früheren Jahren zu Lasten des bestehenden Einkommenskreislaufs finanziert werden und dementsprechend negative Beschäftigungseffekte an anderer Stelle haben. Setzt man den Anteil der gesamtfiskalischen Nettokosten an den Gesamtausgaben der Arbeitsmarktpolitik mit 30 % an, dann werden gut 5 Mrd. der Gesamtausgaben für diese Maßnahmen (rd. 33 Mrd. DM) aus den Beitragseinnahmen gespeist.<sup>27</sup> In entsprechender Höhe könnten negative Beschäftigungseffekte in Rechnung gestellt werden (unter sonst gleichen Bedingungen ein Sechstel der Entlastungseffekte der Arbeitsmarktpolitik).<sup>28</sup>

Diese prinzipiell einfache volkswirtschaftliche Saldenmechanik wird schnell kompliziert, denn es kommen vielgliedrige Wirkungsketten ins Spiel. Das Gesamtergebnis ist sehr unsicher, zumal der Arbeitsmarktpolitik neben den aktuellen Entlastungseffekten auch positive Allokationseffekte zugeschrieben werden können, die dem Arbeitsmarkt oft auf mehr oder weniger lange Sicht zugute kommen und die Kosten-Nutzen-Relation verbessern können.

Aufgrund aktueller Einschätzungen der Finanzentwicklung der BA stellt sich die Frage aber so nicht, denn aus heutiger Sicht ist ohnehin ein deutlich höheres Defizit wahrscheinlich.

Ob eine grundsätzlich andere strategische Ausrichtung – z.B. Beitragssenkung zu Lasten der Arbeitsmarktpolitik – zu besseren Arbeitsmarktergebnissen führen würde, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Diese Frage hängt ihrem Wesen nach aber nicht von der Größe des aktuellen Haushaltsdefizits ab.

Dem Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente der BA wird bei der erwarteten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der hohen Langzeitarbeitslosigkeit weiterhin große Bedeutung beigemessen. Vor dem Hintergrund knapper Haushaltsmittel wird allerdings eine strenge Prioritätensetzung für erforderlich gehalten. Gleichwohl ist die arbeitsmarktpolitische Programmstellung – anders als in früheren Jahren – allgemeiner gefaßt. Eindeutige Vorgaben für die angestrebten Förderungsziele fehlen weitgehend.

Dies hängt mit den erweiterten Spielräumen der Arbeitsämter beim Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente zusammen. Soweit es sich nicht um Pflichtleistungen handelt, können der jeweiligen regionalen Problemlage entsprechend, unter Ausnutzung der Möglichkeiten gegenseitiger Deckungsfähigkeit, die Maßnahmen vor Ort optimal gemischt werden. Hinzu kommt das Erfordernis, dem ökonomischen (Maximal-)Prinzip folgend, aus dem gegebenen Volumen an Fördermitteln möglichst viel zu machen. Durch Dezentralisierung soll die Zielgenauigkeit und die Effektivität der Arbeitsmarktpolitik gesteigert werden.

Schließlich ist zu bedenken, daß sich seit Inkraftsetzen des Haushalts die Aussichten für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland eingetrübt haben. Dies hat Konsequenzen für die Eckdaten, auf denen er steht: Reales Wirtschaftswachstum, Zahl der Erwerbstätigen bzw. Beitragszahler, Löhne, Zahl der Arbeitslosen bzw. Arbeitslosengeldempfänger. Auch die Zahl der Kurzarbeiter, die in die Entlastungsrechnung eingeht, dürfte aus heutiger Sicht eher schlechter ausfallen als geplant. Die ursprünglich angesetzte jahresdurchschnittliche Zahl der Kurzarbeiter liegt beim gegebenen Ausgangsniveau Anfang 1996 und den oben genannten Perspektiven im weiteren Jahresverlauf zumindest

am oberen Rand, wenn nicht außerhalb des aufgezeigten Alternativspektrums.

Diese besonderen Bedingungen und Entwicklungen sowie relevanten Rechtsänderungen sind in der folgenden Entlastungsrechnung möglichst zu berücksichtigen. Die eingesetzten Teilnehmerzahlen sind aus den oben genannten Gründen nicht als „Zielwerte“ der Arbeitsmarktpolitik, sondern als „Orientierungsgrößen“ aufzufassen. Teils sind sie der arbeitsmarktpolitischen Programmstellung im Rahmen des Haushalts der BA entnommen, teils daraus abgeleitet, teils handelt es sich um eigene Einschätzungen.

### 3.1 Alte Bundesländer

Die sehr konjunktur reagiblen *Kurzarbeiterzahlen* haben nach dem Tiefpunkt der Rezession, mit der wirtschaftlichen Erholung im Verlauf des Jahres 1994 stark abgenommen. Der Stand gegen Ende des Jahres hat sich im Verlauf des Jahres 1995 – wie vor Jahresfrist erwartet – im großen und ganzen wenig geändert. Zum Jahresende hin zeigten die Kurzarbeiterzahlen mit erneut abgeschwächter konjunktureller Entwicklung wieder ansteigende Tendenz. Die Zunahme war allerdings schwächer als in vergleichbaren Konjunkturphasen. Hier dürften sich geänderte gesetzliche Regelungen auswirken. Seit 1994 gelten schlechtere Bedingungen. Die Betriebe müssen seitdem die gesamten Sozialbeiträge für die Kurzarbeiter tragen. Vorher hat die BA Teile davon erstattet. Außerdem gibt es seit 1994 mehr betriebliche Möglichkeiten, vorübergehend die Arbeitszeit mit dem Ziel der Beschäftigungssicherung zu verkürzen („akzeptierte Teilzeitbeschäftigung“). Da die Löhne dann entsprechend gekürzt werden, dürften diese Möglichkeiten zumindest für einen Teil der Betriebe per saldo kostengünstiger sein als Kurzarbeit.

Bei insgesamt geringem Wirtschaftswachstum (mittlere Variante) erwarten wir im Jahresmittel 225 000 Kurzarbeiter. Bei einem durchschnittlichen Arbeitsausfall von gut einem Drittel entspricht das einem Beschäftigungsäquivalent von rd. 80 000 und einer Entlastung der Arbeitslosenzahl um gut 50 000.

Im Jahr 1995 wurden rd. 70 Mio witterungsbedingt ausgefallene Arbeitsstunden im Rahmen der *Schlechtwettergeldregelung* registriert. Es kann angenommen werden, daß die Betroffenen ohne diese Regelung größtenteils entlassen worden wären. Durch das Schlechtwettergeld konnten somit Arbeitsverhältnisse erhalten und stärkere saisonale Schwankungen der Beschäftigung und höhere Saisonarbeitslosigkeit vermieden werden. Freilich verbinden sich mit der Einschätzung der Arbeitsmarktentlastungseffekte auch eine Reihe von Unsicherheiten. So ist z. B. nicht auszuschließen, daß sich Baubetriebe ohne diese Regelung stärker um eine Verstärkung der Bauproduktion übers Jahr bemüht und/oder zumindest einen größeren Teil der Belegschaft, insbesondere die Fachkräfte, über das Saisontief hinweg gehalten hätten. Außerdem ist zu fragen, in welchem Umfang ein zusätzlicher saisonbedingter Beschäftigungsabbau zu mehr Arbeitslosigkeit geführt hätte. Angesichts dieser Unsicherheiten schätzen wir den Entlastungseffekt vorsichtig ein und unterstellen, daß nur zwei Drittel des schlechtwetterbedingten Ausfallvolumens auf Beschäftigung bzw. registrierte Arbeitslosigkeit entfällt. Im Jahresdurchschnitt 1995 wurde dann ein Rückgang der Beschäftigung bzw. ein Anstieg der Arbeitslosigkeit um knapp 30 000 vermieden.

Nachdem nun zum Jahresbeginn 1996 die Schlechtwetterregelung im AFG durch neue Regelungen abgelöst worden ist,

wurde dieses Element aus der Entlastungsrechnung herausgenommen. Die aktuelle Entwicklung könnte darauf deuten, daß dadurch die Beschäftigung und die Arbeitslosigkeit im Baubereich negativ beeinflusst wird. Hier mischen sich allerdings konjunkturelle und witterungsbedingte Einflüsse mit dem Einfluß gesetzlicher und tariflicher Neuregelungen. Erst die weitere Entwicklung kann hier Klärung bringen.

Die Zahl der Teilnehmer an *Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM)* hat sich im Verlauf von 1995 etwa auf dem zum Ende des Vorjahres erreichten Niveau gehalten. Der leichte Anstieg im Jahresverlauf ist auf zunehmende Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen. Ihr Anteil ist 1995 um 2 %-Punkte auf knapp 24 % angestiegen. Trotz Verschlechterung der Konditionen durch das Beschäftigungsförderungsgesetz 1994 wurden die verfügbaren Mittel fast vollständig ausgeschöpft. Befürchtungen, weite Bereiche der Träger würden unter den gegebenen Umständen keine Maßnahmen mehr durchführen (können), haben sich offenbar nicht bestätigt. Im Jahresdurchschnitt wurden rd. 70 000 Arbeitnehmer gefördert. Der speziellen arbeitsmarktpolitischen Zielsetzung entsprechend, ist der Anteil der vorher langzeitarbeitslosen Personen in ABM weiter (auf rd. 66 %) angestiegen. Unter Berücksichtigung von zusätzlichen Beschäftigungseffekten über Vorleistungs- und Konsumnachfrage und der Tatsache, daß diese zum Teil die Stille Reserve betreffen, ergibt sich eine Gesamtentlastung der registrierten Arbeitslosigkeit 1995 um rd. 90 000. Im Jahr 1996 dürften diese Ergebnisse erneut erzielt werden.

Die Inanspruchnahme der *produktiven Lohnkostenzuschüsse nach § 242 s AFG* – das Gegenstück zu den Maßnahmen nach § 249 h AFG in den neuen Bundesländern – ist bisher hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Im Jahresdurchschnitt gab es erst 2 000 Geförderte. 1996 wird eine deutliche Zunahme angestrebt. Bei durchschnittlich 13 000 Geförderten und indirekten Zusatzeffekten, die etwa ABM entsprechen, dürfte der Arbeitsmarkt dadurch um insgesamt 17 000 entlastet werden.

Mit gut 100 000 dürfte die Arbeitsmarktentlastung durch die *Beschäftigungschaffenden Maßnahmen insgesamt* 1996 höher sein als 1995 (rd. 90 000).

Die Zahl der Teilnehmer an *Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung* ist im Jahr 1995 um 30 000 auf 257 000 angestiegen. Vor Jahresfrist waren die diesbezüglichen Erwartungen eher zurückhaltend. Die verfügbaren Haushaltsmittel ermöglichen eine weitere Zunahme auf 280 000 im Jahresdurchschnitt 1996. Da die Maßnahmen mit dem 1. SKWPG ab 1994 stärker auf die registrierte Arbeitslosigkeit ausgerichtet wurden, kann angenommen werden, daß diese in fast gleicher Höhe entlastet wird.

Darüber hinaus fördert die BA im Rahmen der beruflichen Rehabilitation in erheblichem Umfang Bildungsmaßnahmen. Bei vielen *Rehabilitanden in berufsfördernden Maßnahmen mit dem Ziel der Wiedereingliederung sowie in Weiterbildungsmaßnahmen* dürfte Arbeitslosigkeit vermieden werden. Der durchschnittliche Teilnehmerbestand lag im Jahr 1995 mit 38 000 leicht unter dem des Vorjahres. Bei den vor Beginn der Maßnahme arbeitslosen Teilnehmern kann unterstellt werden, daß sie sonst auch weiterhin arbeitslos gewesen wären. Für die anderen wird angenommen, daß dies zu zwei Dritteln der Fall gewesen wäre. Die Entlastung der registrierten Arbeitslosigkeit wird so auf 30 000 geschätzt. Im Jahr 1996 dürften die Teilnehmerzahlen und damit die Arbeitsmarktentlastung tendenziell ansteigen (auf 42 000 bzw. 33 000 im Jahresdurchschnitt).

Als Hilfe zur Integration von arbeitslosen Aussiedlern, Asylberechtigten und Kontingentflüchtlingen werden mehrmonatige *Sprachlehrgänge* durchgeführt, fast immer im Vollzeitunterricht. Kurzfristig wird durch die Teilnahme an Sprachkursen die Arbeitslosigkeit in voller Höhe entlastet, weil ohne diese Maßnahmen eine unmittelbare Eingliederung wohl unmöglich wäre. Erwartungsgemäß hat die Zahl der Teilnehmer im Jahr 1995 infolge der abnehmenden Zuwanderung gegenüber dem Vorjahr leicht abgenommen (46 000). Mit voraussichtlich 48 000 im Jahresdurchschnitt 1996 dürfte sich wenig ändern. In jeweils gleicher Höhe wird dann die Arbeitslosigkeit entlastet.

*Vorruhestandsgeld* und *Altersübergangsgeld* spielen im Westen als Entlastungsfaktoren kaum mehr eine Rolle. Einerseits gibt es nur mehr wenige Vorruhestandsgeldempfänger, weil sie altersbedingt in die normale gesetzliche Rente gewechselt sind. Zum anderen wird Altersübergangsgeld nur an zwischenzeitlich in den Westen umgezogene Personen gezahlt.

Die *Regelung nach § 105 c* wird dagegen nach wie vor in beträchtlichem Umfang in Anspruch genommen. Mit jahresdurchschnittlich 146 000 Personen im Jahr 1995 wurde der Vorjahresstand erneut übertroffen. Dies kann auch damit zusammenhängen, daß ältere Arbeitnehmer oft im Einvernehmen mit den Betrieben mit Aufhebungsverträgen aus dem Berufsleben ausscheiden und nach einer Zeit des Arbeitslosengeldbezugs im Rahmen des § 105 c (der keine Verfügbarkeit für die Arbeitsvermittlung mehr voraussetzt) in die vorgezogene Altersrente wechseln. Dies könnte allerdings demnächst weniger Bedeutung haben. Die derzeit u. a. erwogene ersatzweise „Altersteilzeitförderung“ spielt hier herein. Wir nehmen deshalb an, daß sich die Zahlen im Jahr 1996 eher verringern und setzen in das Entlastungstableau einen Jahresdurchschnitt von 140 000 ein. In dieser Größenordnung würde die registrierte Arbeitslosigkeit entlastet.

*Insgesamt* entlasten diese Maßnahmen der BA die registrierte Arbeitslosigkeit im Jahr 1996 in den alten Bundesländern voraussichtlich um rd. 650 000, etwas stärker als im Durchschnitt des Vorjahres (620 000).

### 3.2 Neue Bundesländer

Die Zahl der *Kurzarbeiter* ist im ersten Halbjahr 1995 vorübergehend angestiegen und hat sich gegen Jahresende hin etwa auf dem Vorjahresniveau eingependelt. Im Durchschnitt gab es 1995 schließlich 71 000 Kurzarbeiter. Dem Gesamtvolumen der ausgefallenen Stunden entspricht ein Beschäftigungsäquivalent von 40 000 Personen. Wäre es in Beschäftigungsabbau umgesetzt worden, so hätte dies nicht nur zu registrierter Arbeitslosigkeit, sondern auch zum stärkeren Aufbau von Stiller Reserve geführt. Wir schätzen, daß die registrierte Arbeitslosigkeit 1995 um jahresdurchschnittlich gut 30 000 Personen entlastet wurde.

Es spricht einiges dafür, daß der erneute Anstieg der Kurzarbeiterzahlen am Anfang des Jahres 1996 eine Tendenzänderung markiert. Vor dem Hintergrund verschlechterter gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen erwarten wir übers Jahr weiter steigende Kurzarbeiterzahlen. Unter den Annahmen unserer „mittleren Variante“ rechnen wir mit 125 000 Kurzarbeitern im Jahresdurchschnitt. Dies scheint – zumindest gegenüber früheren Jahren – wenig zu sein, gemessen an der Beschäftigtenzahl gibt es im Osten dann aber doppelt so viele Kurzarbeiter wie im Westen (2,1 % gegenüber 0,9 %). Hinzu kommt der im Durchschnitt höhere Arbeitsausfall (56 % gegenüber 36 %). Erheblich größer ist auch der Anteil

der Kurzarbeiter in sogenannten Strukturkrisenbranchen (nach § 63 Abs. 4 AFG) an allen Kurzarbeitern, nämlich 18 % gegenüber 3 %.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen schätzen wir die Entlastung der registrierten Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 1996 auf 55 000, zwei Drittel mehr als im Vorjahr.

Im Rahmen der *Schlechtwettergeldregelung* waren 1995 rd. 25 Mio Ausfallstunden zu verzeichnen. Diesem Volumen wird eine Entlastung der registrierten Arbeitslosigkeit in Höhe von 10 000 zugerechnet (jeweils auf Jahresbasis). Wie im Westen wurden hier Abschlüsse vorgenommen. Aufgrund gesetzlicher und tariflicher Neuregelungen entfällt auch hier die Entlastungsrechnung für das Jahr 1996.

Bei den *Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM)* war 1995 eine andere Entwicklungstendenz zu verzeichnen als im Vorjahr. Nachdem die Teilnehmerzahlen 1994 übers Jahr hin angestiegen sind, war der Trend 1995 fallend. Die begrenzten Fördermittel im Rahmen des Haushalts der BA haben diese Umkehr erzwungen. Aufgrund des relativ hohen Ausgangsniveaus (rd. 220 000) lag die jahresdurchschnittliche Teilnehmerzahl aber doch über dem Vorjahreswert. Die tatsächliche Entwicklung der arbeitsmarktpolitischen Bemühungen in diesem Bereich spiegelt dieser Vergleich also nicht wider. Immerhin wurde mit ABM aber insgesamt doch mehr erreicht, als vor Jahresfrist innerhalb des finanziellen Rahmens für möglich gehalten worden war. Dies kann als Indiz für effektiveren Mitteleinsatz gewertet werden. Es ist aber auch zu bedenken, daß der Anteil teilzeitbeschäftigter Personen in ABM zugenommen hat. Dies ist bei der Einschätzung unter Entlastungsgesichtspunkten zu beachten (so sind die indirekten Beschäftigungseffekte im Verhältnis zu den direkten entsprechend niedriger zu veranschlagen). Die registrierte Arbeitslosigkeit wurde 1995 durch ABM – etwa wie im Vorjahr – um rd. 260 000 Personen entlastet.

Die Bedeutung der *produktiven Lohnkostenzuschüsse nach § 249h AFG* haben 1995 weiter an Bedeutung zugenommen. Sie waren zum Teil als Anschluß- bzw. Ersatzmaßnahmen für ABM konzipiert und 1993 eingeführt worden. Ein Grund für ihre Einführung war die Überlegung, die Kosten der Maßnahmen stärker den Institutionen anzulasten, die daraus realen Nutzen ziehen. Diesem Prinzip folgend wurde ein Ko-Finanzierungsmodell entwickelt, das die Verzahnung von Arbeitsmarktpolitik einerseits und Regional- sowie Strukturpolitik andererseits fördern soll, auch mit dem Ziel einer Steigerung der Effektivität.

Im Verlauf der Jahre 1994 und 1995 hatten diese Maßnahmen beträchtlich steigende Teilnehmerzahlen zu verzeichnen. Die Erwartungen wurden aber bisher nicht ganz erfüllt. Mit 107 000 wurde die für 1995 angestrebte Teilnehmerzahl von jahresdurchschnittlich 120 000 nicht erreicht. Sie haben den Rückgang im ABM-Bereich zwar gemildert, aber nicht ausgeglichen, so daß die Zahl der Personen in Beschäftigungsschaffenden Maßnahmen insgesamt übers Jahr tendenziell doch zurückging. In jahresdurchschnittlicher Betrachtung war das Ergebnis – aus den obengenannten Gründen – aber doch besser als im Vorjahr. Entsprechend höher ist auch die Entlastung der registrierten Arbeitslosigkeit ausgefallen. Unter Berücksichtigung von indirekten Beschäftigungseffekten und Wirkungen, die auf die Stille Reserve entfallen, schätzen wir die Gesamtentlastung der *Beschäftigungsschaffenden Maßnahmen* im Jahr 1995 auf 0,4 Mio. Unter den gegebenen Rahmenbedingungen erwarten wir dies auch für das Jahr 1996.

Die Zahl der Teilnehmer an *Vollzeitmaßnahmen zur Fortbildung und Umschulung* ist im Jahresverlauf 1995 erwartungsgemäß tendenziell zurückgegangen, allerdings weniger stark, als vor Jahresfrist erwartet worden war. Aufgrund des höheren Ausgangsniveaus liegt der jahresdurchschnittliche Bestand der Zahl der Teilnehmer – fast alle waren vorher arbeitslos – etwa auf Vorjahresniveau. Die registrierte Arbeitslosigkeit wurde um rd. 240 000 entlastet. Für 1996 rechnen wir mit einer Entlastung in etwa gleicher Höhe.

In den neuen Bundesländern spielen *Reha-Maßnahmen und Deutschlehrgänge für Aussiedler* als Entlastungsfaktoren eine relativ geringe Rolle. Die längerfristige Tendenz ist leicht ansteigend.

Der *Altersübergangsgeldregelung* ist nach wie vor ein relativ hoher Entlastungseffekt zuzuschreiben. Nach rd. 340 000 im Jahr 1995 rechnen wir mit 165 000 Beziehern dieser Leistung

im Jahr 1996. Da diese Regelung ausläuft, nehmen die Zahlen mehr und mehr ab.

Die *Regelung nach § 105c AFG* spielt in den neuen Bundesländern eine untergeordnete, wenngleich zunehmende Rolle. Aus schon vorher für die alten Bundesländer genannten Gründen gehen wir davon aus, daß sich der Anstieg in Grenzen halten wird und schätzen die Entlastungswirkung für das Jahr 1996 auf 14 000 Personen.

Durch *diese Maßnahmen der BA* wurde die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern 1995 um gut eine Million Personen entlastet. Dies war an dieser Stelle vor Jahresfrist erwartet worden. Im Jahr 1996 erwarten wir einen Rückgang der Entlastungswirkung auf 0,88 Mio., in erster Linie bedingt durch die geringere Zahl der Beziehern von Altersübergangsgeld.

Tabelle 1: Alternativrechnungen zur Arbeitsmarktentwicklung 1996

	1991	1992	1993	1994	1995	1996		
						Var. I	Var. II	Var. III

A. Die Nachfrage nach Arbeitskräften

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Bruttoinlandsprodukt (real)	West	+ 5,0	+ 1,8	- 1,8	+ 2,4	+ 1,6	0	+ 3/4	+1 1/2
	Ost	- 19,2	+ 7,8	+ 7,2	+ 8,5	+ 5,6	+3	+4 1/2	+6
	Insg.	+ 2,8	+ 2,2	- 1,2	+ 2,9	+ 1,9	+ 1/4	+1	+2
Stundenproduktivität	West	+ 3,6	+ 0,1	+ 1,4	+ 4,1	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,8
	Ost	+ 11,3	+ 10,4	+ 9,2	+ 7,5	+ 5,8	+ 5,9	+ 6,2	+ 6,3
	Insg.	+ 9,2	+ 1,3	+ 1,8	+ 4,1	+ 3,4	+ 2,8	+ 2,9	+ 3,0
Arbeitsvolumen	West	+ 1,4	+ 1,6	- 3,2	- 1,7	- 1,7	- 2,3	- 1,8	- 1,2
	Ost	- 27,5	- 2,3	- 1,9	+ 0,9	- 0,3	- 2,8	- 1,6	- 0,3
	Insg.	- 5,8	+ 0,9	- 3,0	- 1,2	- 1,4	- 2,4	- 1,8	- 1,0
Durchschnittliche Arbeitszeit	West	- 1,1	+ 0,7	- 1,7	- 0,5	- 1,0	- 1,3	- 1,1	- 0,7
	Ost	- 12,6	+ 12,0	+ 1,0	- 0,6	- 1,9	- 2,0	- 1,6	- 1,1
	Insg.	- 3,8	+ 2,8	- 1,2	- 0,5	- 1,1	- 1,4	- 1,2	- 0,8
davon Arbeitstage-Effekt	West	0,0	+ 1,4	+ 0,1	- 0,4	- 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
	Ost	+ 0,3	+ 1,3	+ 0,2	- 0,4	- 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
	Insg.	+ 0,1	+ 1,4	+ 0,1	- 0,4	- 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Tägliche Arbeitszeit	West	- 1,1	- 0,7	- 1,8	- 0,0	- 0,6	- 1,4	- 1,2	- 0,8
	Ost	- 12,8	+ 10,5	+ 0,8	- 0,2	- 1,5	- 2,1	- 1,7	- 1,2
	Insg.	- 3,8	+ 1,3	- 1,3	- 0,0	- 0,8	- 1,5	- 1,3	- 0,9
Erwerbstätige	West	+ 2,5	+ 0,9	- 1,5	- 1,2	- 0,7	- 1,1	- 0,7	- 0,5
	Ost	- 17,0	- 12,8	- 2,8	+ 1,6	+ 1,6	- 0,8	0,0	+ 0,8
	Insg.	- 2,1	- 1,8	- 1,8	- 0,7	- 0,3	- 1,0	- 0,6	- 0,3

Personen in 1000

Erwerbstätige	West	29.189	29.455	29.005	28.654	28.458	28.158	28.258	28.308
	Ost	7.321	6.386	6.205	6.303	6.406	6.356	6.406	6.456
	Insg.	36.510	35.841	35.210	34.957	34.864	34.514	34.664	34.764
Deutsche	West	26.923	27.020	26.399	26.060	25.880	25.604	25.695	25.740
	Ost	7.244	6.301	6.095	6.186	6.280	6.223	6.272	6.321
	Insg.	34.167	33.321	32.494	32.246	32.160	31.827	31.967	32.062
Ausländer	West	2.266	2.435	2.606	2.594	2.578	2.554	2.563	2.568
	Ost	77	85	110	117	126	133	134	135
	Insg.	2.343	2.520	2.716	2.711	2.704	2.687	2.697	2.702
davon Selbständige und Mithelfende	West	3.054	3.067	3.071	3.086	3.101	3.116	3.116	3.116
	Ost	371	418	462	502	538	568	568	568
	Insg.	3.425	3.485	3.533	3.588	3.639	3.684	3.684	3.684
Beschäftigte Arbeitnehmer	West	26.135	26.388	25.934	25.568	25.357	25.042	25.142	25.192
	Ost	6.950	5.968	5.743	5.801	5.868	5.788	5.838	5.888
	Insg.	33.085	32.356	31.677	31.369	31.225	30.830	30.980	31.080
Nachr.: Kurzarbeiter	West	145	283	767	275	128	300	225	150
	Ost	1.616	370	181	97	71	170	125	80
	Insg.	1.761	653	948	372	199	470	350	230

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000

Erwerbstätige	West	+ 710	+ 266	- 450	- 351	- 196	- 300	- 200	- 150
	Ost	-1499	- 935	- 181	+ 98	+ 103	- 50	0	+ 50
	Insg.	- 789	- 669	- 631	- 253	- 93	- 350	- 200	- 100
Deutsche	West	+ 569	+ 97	- 621	- 339	- 180	- 276	- 185	- 140
	Ost	-1445	- 943	- 206	+ 91	+ 94	- 57	- 8	+ 41
	Insg.	- 876	- 846	- 827	- 248	- 86	- 333	- 193	- 98
Ausländer	West	+ 141	+ 169	+ 171	- 12	- 16	- 24	- 15	- 10
	Ost	- 54	+ 8	+ 25	+ 7	+ 9	+ 7	+ 8	+ 9
	Insg.	+ 87	+ 177	+ 196	- 5	- 7	- 17	- 7	- 2
davon Selbständige und Mithelfende	West	+ 28	+ 13	+ 4	+ 15	+ 15	+ 15	+ 15	+ 15
	Ost	+ 119	+ 47	+ 44	+ 40	+ 36	+ 30	+ 30	+ 30
	Insg.	+ 147	+ 60	+ 48	+ 55	+ 51	+ 45	+ 45	+ 45
Beschäftigte Arbeitnehmer	West	+ 682	+ 253	- 454	- 366	- 211	- 315	- 215	- 165
	Ost	-1618	- 982	- 225	+ 58	+ 67	- 80	- 30	+ 20
	Insg.	- 936	- 729	- 679	- 308	- 144	- 395	- 245	- 145

Noch Tabelle 1: Alternativrechnungen zur Arbeitsmarktentwicklung 1996

	1991	1992	1993	1994	1995	1996		
						Var. I	Var. II	Var. III

**B. Das Arbeitskräfteangebot**

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000

<b>Erwerbspersonenpotential insgesamt</b>	<b>West</b>	<b>+ 675</b>	<b>+ 558</b>	<b>+ 281</b>	<b>+ 78</b>	<b>+ 60</b>	<b>+ 36</b>	<b>+ 36</b>	<b>+ 36</b>
	<b>Ost</b>	<b>- 296</b>	<b>- 132</b>	<b>- 136</b>	<b>- 163</b>	<b>- 144</b>	<b>- 128</b>	<b>- 128</b>	<b>- 128</b>
	<b>Insg.</b>	<b>+ 379</b>	<b>+ 426</b>	<b>+ 145</b>	<b>- 85</b>	<b>- 84</b>	<b>- 92</b>	<b>- 92</b>	<b>- 92</b>
davon Demographie	West	- 106	- 115	- 152	- 199	- 223	- 223	- 223	- 223
	Ost	0	0	0	- 15	- 21	- 30	- 30	- 30
	Insg.	- 106	- 115	- 152	- 214	- 244	- 253	- 253	- 253
Verhaltenskomponente	West	+ 93	+ 93	+ 99	+ 99	+ 94	+ 91	+ 91	+ 91
	Ost	+ 65	+ 5	- 150	- 150	- 150	- 125	- 125	- 125
	Insg.	+ 158	+ 98	- 51	- 51	- 56	- 34	- 34	- 34
Wanderungen	West	+ 465	+ 474	+ 327	+ 177	+ 168	+ 172	+ 172	+ 172
	Ost	- 171	- 68	+ 1	+ 3	+ 24	+ 27	+ 27	+ 27
	Insg.	+ 294	+ 406	+ 328	+ 180	+ 192	+ 199	+ 199	+ 199
Veränderung Pendlersaldo	West	+ 223	+ 106	+ 7	+ 1	+ 21	- 4	- 4	- 4
	Ost	- 190	- 69	+ 13	- 1	+ 3	0	0	0
	Insg.	+ 33	+ 37	+ 20	0	+ 24	- 4	- 4	- 4

<b>Erwerbspersonenpotential Deutsche</b>	<b>West</b>	<b>+ 396</b>	<b>+ 199</b>	<b>+ 48</b>	<b>- 14</b>	<b>- 61</b>	<b>- 69</b>	<b>- 69</b>	<b>- 69</b>
	<b>Ost</b>	<b>- 258</b>	<b>- 150</b>	<b>- 164</b>	<b>- 171</b>	<b>- 165</b>	<b>- 147</b>	<b>- 147</b>	<b>- 147</b>
	<b>Insg.</b>	<b>+ 138</b>	<b>+ 49</b>	<b>- 116</b>	<b>- 185</b>	<b>- 226</b>	<b>- 216</b>	<b>- 216</b>	<b>- 216</b>
davon Demographie	West	- 133	- 145	- 178	- 224	- 248	- 244	- 244	- 244
	Ost	0	0	0	- 15	- 21	- 30	- 30	- 30
	Insg.	- 133	- 145	- 178	- 239	- 269	- 274	- 274	- 274
Verhaltenskomponente	West	+ 84	+ 86	+ 93	+ 86	+ 86	+ 82	+ 82	+ 82
	Ost	+ 65	+ 5	- 150	- 150	- 150	- 125	- 125	- 125
	Insg.	+ 149	+ 91	- 57	- 64	- 64	- 43	- 43	- 43
Wanderungen	West	+ 245	+ 175	+ 129	+ 106	+ 90	+ 87	+ 87	+ 87
	Ost	- 131	- 85	- 26	- 4	+ 4	+ 8	+ 8	+ 8
	Insg.	+ 114	+ 90	+ 103	+ 102	+ 94	+ 95	+ 95	+ 95
Veränderung Pendlersaldo	West	+ 200	+ 83	+ 4	+ 18	+ 11	+ 6	+ 6	+ 6
	Ost	- 192	- 70	+ 12	- 2	+ 2	0	0	0
	Insg.	+ 8	+ 13	+ 16	+ 16	+ 13	+ 6	+ 6	+ 6

<b>Erwerbspersonenpotential Ausländer</b>	<b>West</b>	<b>+ 279</b>	<b>+ 359</b>	<b>+ 233</b>	<b>+ 92</b>	<b>+ 121</b>	<b>+ 105</b>	<b>+ 105</b>	<b>+ 105</b>
	<b>Ost</b>	<b>- 38</b>	<b>+ 18</b>	<b>+ 28</b>	<b>+ 8</b>	<b>+ 21</b>	<b>+ 19</b>	<b>+ 19</b>	<b>+ 19</b>
	<b>Insg.</b>	<b>+ 241</b>	<b>+ 377</b>	<b>+ 261</b>	<b>+ 100</b>	<b>+ 142</b>	<b>+ 124</b>	<b>+ 124</b>	<b>+ 124</b>
davon Demographie	West	+ 27	+ 30	+ 26	+ 25	+ 25	+ 21	+ 21	+ 21
	Ost	0	0	0	0	0	0	0	0
	Insg.	+ 27	+ 30	+ 26	+ 25	+ 25	+ 21	+ 21	+ 21
Verhaltenskomponente	West	+ 9	+ 7	+ 6	+ 13	+ 8	+ 9	+ 9	+ 9
	Ost	0	0	0	0	0	0	0	0
	Insg.	+ 9	+ 7	+ 6	+ 13	+ 8	+ 9	+ 9	+ 9
Wanderungen	West	+ 220	+ 299	+ 198	+ 71	+ 78	+ 85	+ 85	+ 85
	Ost	- 40	+ 17	+ 27	+ 7	+ 20	+ 19	+ 19	+ 19
	Insg.	+ 180	+ 316	+ 225	+ 78	+ 98	+ 104	+ 104	+ 104
Veränderung Pendlersaldo	West	+ 23	+ 23	+ 3	- 17	+ 10	- 10	- 10	- 10
	Ost	+ 2	+ 1	+ 1	+ 1	+ 1	0	0	0
	Insg.	+ 25	+ 24	+ 4	- 16	+ 11	- 10	- 10	- 10

Personen in 1000

<b>Erwerbspersonenpotential insgesamt</b>	<b>West</b>	<b>32.201</b>	<b>32.759</b>	<b>33.040</b>	<b>33.118</b>	<b>33.178</b>	<b>33.214</b>	<b>33.214</b>	<b>33.214</b>
	<b>Ost</b>	<b>8.961</b>	<b>8.829</b>	<b>8.693</b>	<b>8.530</b>	<b>8.386</b>	<b>8.258</b>	<b>8.258</b>	<b>8.258</b>
	<b>Insg.</b>	<b>41.162</b>	<b>41.588</b>	<b>41.733</b>	<b>41.648</b>	<b>41.564</b>	<b>41.472</b>	<b>41.472</b>	<b>41.472</b>
Deutsche	West	29.343	29.542	29.590	29.576	29.515	29.446	29.446	29.446
	Ost	8.865	8.715	8.551	8.380	8.215	8.068	8.068	8.068
	Insg.	38.208	38.257	38.141	37.956	37.730	37.514	37.514	37.514
Ausländer	West	2.858	3.217	3.450	3.542	3.663	3.768	3.768	3.768
	Ost	96	114	142	150	171	190	190	190
	Insg.	2.954	3.331	3.592	3.692	3.834	3.958	3.958	3.958

Noch Tabelle 1: Alternativrechnungen zur Arbeitsmarktentwicklung 1996

	1991	1992	1993	1994	1995	1996		
						Var. I	Var. II	Var. III

C. Die Arbeitskräftebilanz

Personen in 1000

		1991	1992	1993	1994	1995	1996	1996	1996
							Var. I	Var. II	Var. III
<b>Registrierte Arbeitslose insgesamt</b>	<b>West</b>	<b>1.689</b>	<b>1.808</b>	<b>2.270</b>	<b>2.556</b>	<b>2.565</b>	<b>2.750</b>	<b>2.680</b>	<b>2.650</b>
	<b>Ost</b>	<b>913</b>	<b>1.170</b>	<b>1.149</b>	<b>1.142</b>	<b>1.047</b>	<b>1.120</b>	<b>1.090</b>	<b>1.050</b>
	<b>Insg.</b>	<b>2.602</b>	<b>2.978</b>	<b>3.419</b>	<b>3.698</b>	<b>3.612</b>	<b>3.870</b>	<b>3.770</b>	<b>3.700</b>
Deutsche	West	1.481	1.554	1.925	2.147	2.141	2.268	2.203	2.176
	Ost	899	1.154	1.134	1.130	1.035	1.107	1.077	1.038
	Insg.	2.380	2.708	3.059	3.277	3.176	3.375	3.280	3.214
Ausländer	West	208	254	345	409	424	482	477	474
	Ost	14	16	15	12	12	13	13	12
	Insg.	222	270	360	421	436	495	490	486
<b>Stille Reserve insgesamt</b>	<b>West</b>	<b>1.323</b>	<b>1.496</b>	<b>1.765</b>	<b>1.908</b>	<b>2.155</b>	<b>2.306</b>	<b>2.276</b>	<b>2.256</b>
	<b>Ost</b>	<b>727</b>	<b>1.273</b>	<b>1.339</b>	<b>1.085</b>	<b>933</b>	<b>782</b>	<b>762</b>	<b>752</b>
	<b>Insg.</b>	<b>2.050</b>	<b>2.769</b>	<b>3.104</b>	<b>2.993</b>	<b>3.088</b>	<b>3.088</b>	<b>3.038</b>	<b>3.008</b>
Deutsche	West	939	968	1.266	1.369	1.494	1.574	1.548	1.530
	Ost	722	1.260	1.322	1.064	900	738	718	709
	Insg.	1.661	2.228	2.588	2.433	2.394	2.311	2.267	2.239
Ausländer	West	384	528	499	539	661	732	728	726
	Ost	5	13	17	21	33	44	44	43
	Insg.	389	541	516	560	694	777	771	769
davon <b>Stille Reserve im engeren Sinne</b>	<b>West</b>	<b>838</b>	<b>1.003</b>	<b>1.229</b>	<b>1.390</b>	<b>1.606</b>	<b>1.734</b>	<b>1.704</b>	<b>1.684</b>
	<b>Ost</b>	<b>0</b>	<b>20</b>	<b>113</b>	<b>155</b>	<b>266</b>	<b>313</b>	<b>293</b>	<b>283</b>
	<b>Insg.</b>	<b>838</b>	<b>1.023</b>	<b>1.342</b>	<b>1.545</b>	<b>1.872</b>	<b>2.047</b>	<b>1.997</b>	<b>1.967</b>
<b>Stille Reserve im weiteren Sinne</b>	<b>West</b>	<b>485</b>	<b>493</b>	<b>536</b>	<b>518</b>	<b>549</b>	<b>572</b>	<b>572</b>	<b>572</b>
	<b>Ost</b>	<b>727</b>	<b>1.253</b>	<b>1.226</b>	<b>930</b>	<b>667</b>	<b>469</b>	<b>469</b>	<b>469</b>
	<b>Insg.</b>	<b>1.212</b>	<b>1.746</b>	<b>1.762</b>	<b>1.448</b>	<b>1.216</b>	<b>1.041</b>	<b>1.041</b>	<b>1.041</b>
Vollzeit FuU-Teilnehmer	West	237	250	238	226	257	280	280	280
	Ost	169	425	345	241	243	240	240	240
	Insg.	406	675	583	467	500	520	520	520
Deutschlehrgänge	West	76	51	55	50	46	48	48	48
	Ost	0	3	6	7	7	7	7	7
	Insg.	76	54	61	57	53	55	55	55
Reha 1)	West	48	55	54	39	38	42	42	42
	Ost	1	4	5	4	4	6	6	6
	Insg.	49	59	59	43	42	48	48	48
Leistungsempfänger § 105a 2)	West	9	12	16	17	17	18	18	18
	Ost	0	0	3	8	11	12	12	12
	Insg.	9	12	19	25	28	30	30	30
Leistungsempfänger § 105b 3)	West	29	30	38	41	42	43	43	43
	Ost	3	9	13	18	21	25	25	25
	Insg.	32	39	51	59	63	68	68	68
Leistungsempfänger § 105c 4)	West	63	82	127	139	146	140	140	140
	Ost	0	1	1	2	7	14	14	14
	Insg.	63	83	128	141	153	154	154	154
Altersübergangsgeld	West	0	1	2	3	2	1	1	1
	Ost	189	516	639	524	341	165	165	165
	Insg.	189	517	641	527	343	166	166	166
Vorruhestandsgeld	West	23	12	6	3	1	0	0	0
	Ost	365	295	214	126	33	0	0	0
	Insg.	388	307	220	129	34	0	0	0

Noch Tabelle 1: Alternativrechnungen zur Arbeitsmarktentwicklung 1996

	1991	1992	1993	1994	1995	1996		
						Var. I	Var. II	Var. III

Noch: C. Die Arbeitskräftebilanz

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000

<b>Registrierte Arbeitslose insgesamt</b>	<b>West</b>	- 194	+ 119	+ 462	+ 286	+ 9	+ 185	+ 115	+ 85
	<b>Ost</b>	+ 673	+ 257	- 21	- 7	- 95	+ 73	+ 43	+ 3
	<b>Insg.</b>	+ 479	+ 376	+ 441	+ 279	- 86	+ 258	+ 158	+ 88
Deutsche	West	- 199	+ 73	+ 371	+ 222	- 6	+ 127	+ 62	+ 35
	Ost	+ 662	+ 255	- 20	- 4	- 95	+ 72	+ 42	+ 3
	Insg.	+ 463	+ 328	+ 351	+ 218	- 101	+ 199	+ 104	+ 38
Ausländer	West	+ 5	+ 46	+ 91	+ 64	+ 15	+ 58	+ 53	+ 50
	Ost	+ 11	+ 2	- 1	- 3	0	+ 1	+ 1	+ 0
	Insg.	+ 16	+ 48	+ 90	+ 61	+ 15	+ 59	+ 54	+ 50
<b>Stille Reserve insgesamt</b>	<b>West</b>	+ 159	+ 173	+ 269	+ 143	+ 247	+ 151	+ 121	+ 101
	<b>Ost</b>	+ 530	+ 546	+ 66	- 254	- 152	- 151	- 171	- 181
	<b>Insg.</b>	+ 689	+ 719	+ 335	- 111	+ 95	0	- 50	- 80
Deutsche	West	+ 26	+ 29	+ 298	+ 103	+ 125	+ 80	+ 54	+ 36
	Ost	+ 525	+ 538	+ 62	- 258	- 164	- 162	- 182	- 191
	Insg.	+ 551	+ 567	+ 360	- 155	- 39	- 83	- 127	- 155
Ausländer	West	+ 133	+ 144	- 29	+ 40	+ 122	+ 71	+ 67	+ 65
	Ost	+ 5	+ 8	+ 4	+ 4	+ 12	+ 11	+ 11	+ 10
	Insg.	+ 138	+ 152	- 25	+ 44	+ 134	+ 83	+ 77	+ 75
davon <b>Stille Reserve im engeren Sinne</b>	<b>West</b>	+ 178	+ 165	+ 226	+ 161	+ 216	+ 128	+ 98	+ 78
	<b>Ost</b>	0	+ 20	+ 93	+ 42	+ 111	+ 47	+ 27	+ 17
	<b>Insg.</b>	+ 178	+ 185	+ 319	+ 203	+ 327	+ 175	+ 125	+ 95
<b>Stille Reserve im weiteren Sinne</b>	<b>West</b>	- 19	+ 8	+ 43	- 18	+ 31	+ 23	+ 23	+ 23
	<b>Ost</b>	+ 530	+ 526	- 27	- 296	- 263	- 198	- 198	- 198
	<b>Insg.</b>	+ 511	+ 534	+ 16	- 314	- 232	- 175	- 175	- 175

- 1) Rehabilitanden in berufsfördernden Maßnahmen mit dem Ziel der Wiedereingliederung sowie in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung.
- 2) Nahtlosigkeitsleistungen
- 3) Leistungsfortzahlung im Krankheitsfall
- 4) 58jährige und ältere Empfänger von Alg. Alhi, Egg und Eghi, die der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung stehen.

Quelle: Berechnungen des IAB

**Tabelle 2a: Ableitung der Entwicklung des Arbeitskräftepotentials für Westdeutschland**

	1991	1992	1993	1994	1995	1996
<b>A. Wohnortskonzept (Vorjahresveränderung in 1000)</b>						
<b>Deutsche</b>	<b>+ 196</b>	<b>+ 116</b>	<b>+ 44</b>	<b>- 32</b>	<b>- 72</b>	<b>- 75</b>
Vorgabe Langfristprojektion	- 49	- 59	- 85	- 138	- 162	- 162
davon Demographie (ohne Wanderungen)	- 133	- 145	- 178	- 224	- 248	- 244
Verhaltenskomponente	+ 84	+ 86	+ 93	+ 86	+ 86	+ 82
Wanderungseffekte insgesamt	+ 245	+ 175	+ 129	+ 106	+ 90	+ 87
davon Aus Zuzügen aus Ostdeutschland	+ 173	+ 157	+ 111	+ 83	+ 72	+ 71
Aus Fortzügen nach Ostdeutschland	- 39	- 62	- 68	- 62	- 61	- 64
Aus Zuzügen von Aussiedlern 1)	+ 142	+ 98	+ 97	+ 94	+ 88	+ 87
Aus sonstigem Wanderungssaldo	- 31	- 18	- 11	- 9	- 9	- 7
<b>Ausländer</b>	<b>+ 256</b>	<b>+ 336</b>	<b>+ 230</b>	<b>+ 109</b>	<b>+ 111</b>	<b>+ 115</b>
Vorgabe Langfristprojektion	+ 36	+ 37	+ 32	+ 38	+ 33	+ 30
davon Demographie (ohne Wanderungen)	+ 27	+ 30	+ 26	+ 25	+ 25	+ 21
Verhaltenskomponente	+ 9	+ 7	+ 6	+ 13	+ 8	+ 9
Wanderungseffekte insgesamt	+ 220	+ 299	+ 198	+ 71	+ 78	+ 85
davon Aus Wanderungssaldo ohne Asylzuw.	+ 89	+ 77	+ 29	- 2	+ 28	+ 38
Aus Asylzuwanderungen 1)	+ 131	+ 222	+ 169	+ 73	+ 50	+ 47
<b>Deutsche und Ausländer</b>	<b>+ 452</b>	<b>+ 452</b>	<b>+ 274</b>	<b>+ 77</b>	<b>+ 39</b>	<b>+ 40</b>

**B. Pendler (Jahresdurchschnitte in 1000)**

Einpendler aus Ostdeutschland	325	425	432	439	439	439
Auspendler nach Ostdeutschland	54	84	103	108	110	110
Auspendler in das Ausland	151	138	122	106	93	87
<b>Pendlersaldo Deutsche</b>	<b>+ 120</b>	<b>+ 203</b>	<b>+ 207</b>	<b>+ 225</b>	<b>+ 236</b>	<b>+ 242</b>
<b>Vorjahresveränderung in 1000</b>	<b>+ 200</b>	<b>+ 83</b>	<b>+ 4</b>	<b>+ 18</b>	<b>+ 11</b>	<b>+ 6</b>
Einpendler aus dem Ausland	96	119	122	105	115	105
<b>Pendlersaldo Ausländer</b>	<b>+ 96</b>	<b>+ 119</b>	<b>+ 122</b>	<b>+ 105</b>	<b>+ 115</b>	<b>+ 105</b>
<b>Vorjahresveränderung in 1000</b>	<b>+ 23</b>	<b>+ 23</b>	<b>+ 3</b>	<b>- 17</b>	<b>+ 10</b>	<b>- 10</b>
<b>Pendlersaldo insgesamt</b>	<b>+ 216</b>	<b>+ 322</b>	<b>+ 329</b>	<b>+ 330</b>	<b>+ 351</b>	<b>+ 347</b>
<b>Vorjahresveränderung in 1000</b>	<b>+ 223</b>	<b>+ 106</b>	<b>+ 7</b>	<b>+ 1</b>	<b>+ 21</b>	<b>- 4</b>

**C. Beschäftigungsortskonzept (Vorjahresveränderung in 1000)**

<b>Deutsche</b>	<b>+ 396</b>	<b>+ 199</b>	<b>+ 48</b>	<b>- 14</b>	<b>- 61</b>	<b>- 69</b>
<b>Ausländer</b>	<b>+ 279</b>	<b>+ 359</b>	<b>+ 233</b>	<b>+ 92</b>	<b>+ 121</b>	<b>+ 105</b>
<b>Deutsche und Ausländer</b>	<b>+ 675</b>	<b>+ 558</b>	<b>+ 281</b>	<b>+ 78</b>	<b>+ 60</b>	<b>+ 36</b>

**D. Nachr.: Wanderungsannahmen 2) (Jahressummen bzw. -salden in 1000)**

Zuzüge von Aussiedlern	205	196	174	171	162	157
Zuzüge (Deutsche) aus Ostdeutschland	244	190	158	147	147	137
Fortzüge (Deutsche) nach Ostdeutschland	76	102	106	120	125	130
<b>Sonstiger Wanderungssaldo Deutsche</b>	<b>- 39</b>	<b>- 32</b>	<b>- 13</b>	<b>- 22</b>	<b>- 14</b>	<b>- 14</b>
Wanderungssaldo Ausländer (ohne Asylzuw.)	+ 169	+ 138	- 25	+ 16	+ 95	+ 55
Asylzuwanderungen	246	394	258	102	102	80

1) Abgeleitet aus monatlichen Zuzugszahlen.

2) Bevölkerung

Quelle: Berechnungen des IAB

**Tabelle 2b: Ableitung der Entwicklung des Arbeitskräftepotentials für Ostdeutschland**

	1991	1992	1993	1994	1995	1996
<b>A. Wohnortskonzept (Vorjahresveränderung in 1000)</b>						
<b>Deutsche</b>	- 66	- 80	- 176	- 169	- 167	- 147
Vorgabe Langfristprojektion	+ 65	+ 5	- 150	- 165	- 171	- 155
davon Demographie (ohne Wanderungen)	0	0	0	- 15	- 21	- 30
Verhaltenskomponente	+ 65	+ 5	- 150	- 150	- 150	- 125
Wanderungseffekte insgesamt	- 131	- 85	- 26	- 4	+ 4	+ 8
davon Aus Zuzügen aus Westdeutschland	+ 39	+ 62	+ 68	+ 62	+ 61	+ 64
Aus Fortzügen nach Westdeutschland	- 173	- 157	- 111	- 83	- 72	- 71
Aus Zuzügen von Aussiedlern 1)	+ 4	+ 12	+ 21	+ 26	+ 29	+ 30
Aus sonstigem Wanderungssaldo	- 1	- 2	- 4	- 9	- 14	- 15
<b>Ausländer</b>	- 40	+ 17	+ 27	+ 7	+ 20	+ 19
Vorgabe Langfristprojektion	0	0	0	0	0	0
davon Demographie (ohne Wanderungen)	0	0	0	0	0	0
Verhaltenskomponente	0	0	0	0	0	0
Wanderungseffekte insgesamt	- 40	+ 17	+ 27	+ 7	+ 20	+ 19
davon Aus Wanderungssaldo ohne Asylzuw.	- 45	- 8	- 15	- 11	+ 7	+ 7
Aus Asylzuwanderungen 1)	+ 5	+ 25	+ 42	+ 18	+ 13	+ 12
<b>Deutsche und Ausländer</b>	- 106	- 63	- 149	- 162	- 147	- 128

**B. Pendler (Jahresdurchschnitte in 1000)**

Einpendler aus Westdeutschland	54	84	103	108	110	110
Auspendler nach Westdeutschland	325	425	432	439	439	439
Auspendler in das Ausland	0	0	0	0	0	0
<b>Pendlersaldo Deutsche</b>	- 271	- 341	- 329	- 331	- 329	- 329
<b>Vorjahresveränderung in 1000</b>	- 192	- 70	+ 12	- 2	+ 2	0
Einpendler aus dem Ausland	2	3	4	5	6	6
<b>Pendlersaldo Ausländer</b>	+ 2	+ 3	+ 4	+ 5	+ 6	+ 6
<b>Vorjahresveränderung in 1000</b>	+ 2	+ 1	+ 1	+ 1	+ 1	0
<b>Pendlersaldo insgesamt</b>	- 269	- 338	- 325	- 326	- 323	- 323
<b>Vorjahresveränderung in 1000</b>	- 190	- 69	+ 13	- 1	+ 3	0

**C. Beschäftigungsortskonzept (Vorjahresveränderung in 1000)**

<b>Deutsche</b>	- 258	- 150	- 164	- 171	- 165	- 147
<b>Ausländer</b>	- 38	+ 18	+ 28	+ 8	+ 21	+ 19
<b>Deutsche und Ausländer</b>	- 296	- 132	- 136	- 163	- 144	- 128

**D. Nachr.: Wanderungsannahmen 2) (Jahressummen bzw. -salden in 1000)**

Zuzüge von Aussiedlern	17	34	45	52	56	53
Zuzüge (Deutsche) aus Westdeutschland	76	102	106	120	125	130
Fortzüge (Deutsche) nach Westdeutschland	244	190	158	147	147	137
<b>Sonstiger Wanderungssaldo Deutsche</b>	- 5	- 4	- 12	- 24	- 31	- 31
<b>Wanderungssaldo Ausländer (ohne Asylzuw.)</b>	- 2	+ 16	- 21	+ 9	+ 20	+ 10
<b>Asylzuwanderungen</b>	10	44	65	25	26	20

1) Abgeleitet aus monatlichen Zuzugszahlen.

2) Bevölkerung

Quelle: Berechnungen des IAB

**Tabelle 3: Beschäftigte in Treuhand- und Ex-Treuhand-Unternehmen (1000 Personen)**

Zeitpunkt der Befragung (*) bzw. der Einschätzung	Befragung 1.10.1991		Befragung 1.10.1992		Befragung 1.10.1993		Befragung 1.10.1994		Befragung 1.10.1995	
	Treuhand	Ex-TH								
01.10.1991 (*)	2000	285	2285							
01.01.1992	1404	254	1658							
01.10.1992 (*)			560	885	1445					
01.01.1993	1098	236	1334	472	836	1308	272	1079	1351	
01.10.1993 (*)							213	999	1212	
01.01.1994	1036	238	1274	375	799	1174	186	962	1148	
01.10.1994 (*)									123	1016
01.01.1995				354	795	1149	150	930	1080	986
01.10.1995 (*)										950
01.01.1996							142	912	1054	883
01.01.1997										830
01.01.1998										816
Entwicklung zum Befragungszeitpunkt auf ... Prozent										
Zeitpunkt der Befragung (*) bzw. der Einschätzung	01.10.91		01.10.92		01.10.93		01.10.94		01.10.95	
	TH	Ex-TH								
01.10.1991 (*)	100	100								
01.01.1992	70	89								
01.10.1992 (*)			100	100						
01.01.1993	55	83	84	94	128	108				
01.10.1993 (*)					100	100				
01.01.1994	52	84	67	90	87	96	131	104	106	
01.10.1994 (*)							100	100	100	
01.01.1995			63	90	70	93	90	96	96	104
01.10.1995 (*)										100
01.01.1996					67	91	68	93	91	93
01.01.1997								91		87
01.01.1998										86

Quelle: Periodische Befragung von Treuhand- und Ex-Treuhand-Unternehmen durch SÖSTRA Berlin im Auftrag der BA

Anmerkung: Die Treuhandanstalt, die 1990 zur Privatisierung der DDR-Wirtschaft gebildet wurde, hat Ende 1994 ihre Tätigkeit eingestellt. Die notwendigen Weiterführungsaufgaben wurden von der neugegründeten Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) übernommen. SÖSTRA Berlin befragte im Oktober 1995 zum achten Male alle vollständig und mehrheitlich privatisierten und kommunalisierten ehemaligen Treuhandunternehmen zu deren Beschäftigungsperspektiven. Zum Befragungszeitpunkt am 1.10.1995 bestanden 8532 ehemalige Treuhandunternehmen (ohne privatisierte Unternehmensteile), von denen sich 2249 an der Erhebung beteiligt haben. Die genannten Angaben beziehen sich auf diese Firmen.

**Tabelle 4a: Personal im Öffentlichen Dienst West- und Ostdeutschlands, Jahresmitte 1991, 1992, 1993, 1994 (1000 Personen)**

Bereich	West			Ost			Zusammen					
	1991	1992	1993	1994	1991	1992	1993	1994	1991	1992	1993	1994
Unmittelbarer Öffentlicher Dienst 1)	4437,7	4438,7	4412,5	4341,6	1502,2	1427,5	1273,9	1195,5	5939,9	5866,2	5686,4	5537,1
Bund 2)	567,1	544,0	533,6	497,7	84,9	82,1	73,9	80,0	652,0	626,1	607,5	577,7
Länder	1937,5	1957,2	1939,5	1947,4	634,5	584,9	556,4	534,6	2572,0	2542,1	2495,9	2482
Kommunen 3)	1390,5	1400,1	1401,9	1386,8	661,9	656,4	544,3	485,6	2052,4	2056,5	1946,2	1872,4
Bundespost	542,6	537,4	537,5	509,7	120,9	104,1	99,3	95,3	663,5	641,5	636,8	605,0
Mittelbarer Öffentlicher Dienst	277,2	289,3	311,6	339,0	47,8	64,5	76,3	86,7	325,0	353,8	387,9	425,7
Sozialversicherungsträger	206,7	213,6	216,6	.	27,4	.	.	.	234,1	.	.	.
Bundesanstalt für Arbeit	68,7	72,2	.	.	20,5	.	.	.	89,2	.	84,6	84,1
Träger der Zusatzversorgung	1,8	1,9	1,5	.	.	.	.	.	1,8	.	.	.
Öffentlicher Dienst zusammen	4714,9	4728,0	4724,1	4680,6	1550,0	1492,0	1350,2	1282,2	6264,9	6220,0	6074,3	5962,8
nachrichtlich:												
<b>Bevölkerungszahl</b>	<b>64036</b>	<b>64847</b>	<b>65539</b>	<b>65847</b>	<b>15912</b>	<b>15707</b>	<b>15648</b>	<b>15563</b>	<b>79948</b>	<b>80554</b>	<b>81187</b>	<b>81410</b>

1) ohne Bundesbahn/Reichsbahn (ab Anfang 1994 zur Deutschen Bahn AG privatisiert)

2) einschl. Soldaten, ohne Grundwehrdienstleistende

3) Gemeinden, Gemeindeverbände, kommunale Zweckverbände

Quelle: Berechnung nach Daten der Personalstatistik

**Tabelle 4b: Vollzeitbeschäftigte im unmittelbaren Öffentlichen Dienst West- und Ostdeutschlands, Jahresmitte 1991, 1992, 1993, 1994 (1000 Personen)**

Bereich	West			Ost			Je 10 000 Einwohner					
	1991	1992	1993	1994	1991	1992	1993	1994	West1991	West1994	Ost1991	Ost1994
Bund 1)	544,7	523,2	510,4	474,9	84,1	81,2	72,8	78,9	85	72	53	51
Länder	1532,6	1535,2	1527,3	1525,6	596,4	540,0	476,8	443,8	239	232	375	285
Kommunen	1058,0	1055,1	1052,6	1037,7	573,3	580,0	463,4	362,5	165	158	360	233
<b>Zusammen</b>	<b>3135,3</b>	<b>3113,5</b>	<b>3090,3</b>	<b>3038,2</b>	<b>1253,8</b>	<b>1201,2</b>	<b>1013,0</b>	<b>885,2</b>	<b>489</b>	<b>461</b>	<b>788</b>	<b>569</b>

1) ohne Grundwehrdienstleistende, ohne Bundesbahn/Reichsbahn, ohne Bundespost

Quelle: Berechnung nach Daten der Personalstandsstatistik

Tabelle 5a: Durchschnittliche Arbeitszeit und ihre Komponenten für alle Arbeitnehmer in Westdeutschland

		1991	1992	1993	1994	1995	1996			
							Var. I	Var. II	Var. III	
<b>1.1</b>	<b>Beschäftigte Arbeitnehmer</b>	1000	26135	26388	25934	25568	25357	25042	25142	25192
2.1	<b>Potentielle Arbeitstage</b>									
2.1	Tage	Tage	365	366	365	365	365	366	366	366
2.2	Sonntage	"	52	52	52	52	53	52	52	52
2.3	Samstage	"	52	52	52	53	52	52	52	52
2.4	Feiertage	"	12,7	10,1	8,9	9,0	10,0	11,7	11,7	11,7
2.5	Potentielle Arbeitstage (Bereinigt)	Tage	248,3	251,9	252,1	251,0	250,0	250,3	250,3	250,3
3.1	<b>Tarifliche Arbeitszeit 1)</b>									
3.1	Wochenarbeitszeit	Stunden	38,30	38,24	37,94	37,70	37,60	37,43	37,43	37,43
3.2	Tägliche Arbeitszeit	"	7,66	7,65	7,59	7,54	7,52	7,49	7,49	7,49
3.3	Tariflicher Urlaub	Tage	30,70	30,80	31,00	31,00	31,10	31,10	31,10	31,10
3.4	Urlaubsbereinigte Arbeitstage	"	217,6	221,1	221,1	220,0	218,9	219,2	219,2	219,2
3.5	Tarifliche Arbeitszeit	Stunden	1666,8	1690,9	1677,6	1658,8	1646,1	1640,9	1640,9	1640,9
4.1	<b>Krankenstand</b>									
4.1	der Personen	in %	5,51	5,40	5,15	5,13	5,55	5,40	5,48	5,55
4.2	in Arbeitstagen	Tage	12,0	11,9	11,4	11,3	12,1	11,8	12,0	12,2
4.3	in Arbeitsstunden	Stunden	91,8	91,2	86,5	85,2	91,3	88,6	89,9	91,1
4.4	Krankenstandsber. Arbeitszeit	Stunden	1575,0	1599,7	1591,1	1573,6	1554,8	1552,3	1551,0	1549,9
5.1	<b>Effektive Arbeitstage</b>	Tage	205,6	209,2	209,7	208,7	206,8	207,4	207,2	207,0
6.1	<b>Mehrarbeitsstunden</b>									
6.1	pro Woche	Stunden	1,70	1,55	1,39	1,50	1,58	1,25	1,35	1,50
6.2	pro Tag	"	0,34	0,31	0,28	0,30	0,32	0,25	0,27	0,30
6.3	pro Zeitraum	"	69,8	64,7	58,5	62,7	65,4	51,8	55,9	62,1
6.4	Arbeitszeit einschl. Mehrarb.stund.	Stunden	1644,8	1664,3	1649,6	1636,3	1620,2	1604,2	1606,9	1612,0
7.1	<b>Kurzarbeit</b>									
7.1	Kurzarbeiter	1000	145,0	283,0	766,9	275,5	128,1	300,0	225,0	150,0
7.2	Arbeitsausfall je Kurzarbeiter	%	30,1	31,9	30,2	33,6	38,1	36,0	36,0	36,0
7.3	" " "	Stunden	501,8	539,2	507,2	556,7	627,6	590,7	590,7	590,7
7.4	Ausfallvolumen	Mio Std	72,76	152,59	389,02	153,33	80,36	177,22	132,92	88,61
7.5	Kurzarbeitereffekt	Stunden	2,8	5,8	15,0	6,0	3,2	7,1	5,3	3,5
8.1	<b>Schlechtwetter</b>									
8.1	Ausgefallene Tagewerke	1000	17346	12948	17967	10165	14212			
8.2	Ausfallstunden je SWG-Tag	Stunden	5,88	5,88	5,48	5,48	5,48			
8.3	Ausfallvolumen	Mio Std	101,99	76,13	98,46	55,70	77,88			
8.4	Schlechtwettereffekt	Stunden	3,9	2,9	3,8	2,2	3,1	1,0	1,0	1,0
9.1	<b>Tarifaueinandersetzungen</b>									
9.1	Verlorene Arbeitstage	1000	148,8	1545,3	99,0	211,4	231,0	0,0	0,0	0,0
9.2	Ausfallvolumen	Mio Std	1,14	11,82	0,75	1,59	1,84	0,00	0,00	0,00
9.3	Arbeitskampfeffekt	Stunden	0,0	0,4	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0
10.1	<b>Freiwillige Teilzeit</b>									
10.1	Teilzeitquote	%	15,94	16,23	16,90	17,60	18,30	19,00	19,00	19,00
10.2	Teilzeitbeschäftigte	1000	4166	4281	4383	4499	4640	4758	4777	4786
10.3	Arbeitszeitverkürzung	%	30,5	31,0	31,5	32,4	33,2	33,7	33,7	33,7
10.4	Stundenausfall je Teilzeitbesch.	Stunden	501,6	515,8	519,6	530,0	537,7	540,6	541,5	543,2
10.5	Ausfallvolumen	Mio Std	2089,57	2208,27	2277,35	2384,90	2495,31	2572,18	2586,93	2600,18
10.6	Effekt der freiwilligen Teilzeit	Stunden	80,0	83,7	87,8	93,3	98,4	102,7	102,9	103,2
11.1	<b>Akzeptierte Teilzeit</b>									
11.1	Personen	1000	0	0	0	423	500	500	500	500
11.2	Kürzung der tariff. Arbeitszeit	%	0,0	0,0	0,0	9,7	5,0	10,0	10,0	10,0
11.3	Stundeneffekt je Person	Stunden	0,0	0,0	0,0	158,0	81,0	160,4	160,7	161,2
11.4	Stundenvolumen	Mio Std	0,0	0,0	0,0	66,76	40,51	80,21	80,35	80,60
11.5	Effekt der akzeptierten Teilzeit	Stunden	0,0	0,0	0,0	2,6	1,6	3,2	3,2	3,2
12.1	<b>Erziehungsurlaub</b>									
12.1	Inanspruchnahme (Personen)	1000	178	226	231	230	235	240	240	240
12.2	Ausfallvolumen	Mio Std	292,37	376,14	381,48	376,36	380,75	385,00	385,67	386,87
12.3	Erziehungsurlaubseffekt	Stunden	11,2	14,3	14,7	14,7	15,0	15,4	15,3	15,4
13.1	<b>Summe 7 bis 12</b>	Stunden	97,9	107,1	121,3	118,8	121,3	129,4	127,7	126,3
14.1	<b>Tatsächliche Arbeitszeit</b>	Stunden	1547,0	1557,3	1528,3	1517,5	1498,9	1474,8	1479,2	1485,7
14.2	Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-1,1	+0,7	-1,9	-0,7	-1,2	- 1,6	- 1,3	- 0,9
14.3	dav. Arbeitstage-Effekt	"	0,0	+1,4	+0,1	-0,4	-0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
14.4	Tägliche Arbeitszeit	"	-1,1	-0,8	-1,9	-0,3	-0,8	- 1,7	- 1,4	- 1,0

1) bzw. betrieblich vereinbarte Arbeitszeit; flexible tarifliche Arbeitszeitregelungen nach oben und unten berücksichtigt (soweit erfaßt).

Quelle: Berechnungen des IAB

Tabelle 5b: Durchschnittliche Arbeitszeit und ihre Komponenten für alle Arbeitnehmer in Ostdeutschland

		1991	1992	1993	1994	1995	1996			
							Var. I	Var. II	Var. III	
<b>1.1</b>	<b>Beschäftigte Arbeitnehmer</b>	1000	6950	5969	5746	5801	5868	5788	5838	5888
<b>Potentielle Arbeitstage</b>										
2.1	Tage	Tage	365	366	365	365	365	366	366	366
2.2	Sonntage	"	52	52	52	52	53	52	52	52
2.3	Samstage	"	52	52	52	53	52	52	52	52
2.4	Feiertage	"	12,0	9,7	8,2	8,3	9,3	11,0	11,0	11,0
2.5	Potentielle Arbeitstage (Bereinigt)	Tage	249,0	252,3	252,8	251,7	250,7	251,0	251,0	251,0
<b>Tarifliche Arbeitszeit 1)</b>										
3.1	Wochenarbeitszeit	Stunden	41,15	40,17	39,88	39,85	39,75	39,45	39,45	39,45
3.2	Tägliche Arbeitszeit	"	8,23	8,03	7,98	7,97	7,95	7,89	7,89	7,89
3.3	Tariflicher Urlaub	Tage	25,70	26,80	28,00	28,70	29,40	29,70	29,70	29,70
3.4	Urlaubsbereinigte Arbeitstage	"	223,3	225,5	224,8	223,0	221,3	221,3	221,3	221,3
3.5	Tarifliche Arbeitszeit	Stunden	1837,8	1811,7	1793,0	1777,3	1759,3	1746,1	1746,1	1746,1
<b>Krankenstand</b>										
4.1	der Personen	in %	4,10	4,30	4,55	4,80	5,30	5,15	5,23	5,30
4.2	in Arbeitstagen	Tage	9,2	9,7	10,2	10,7	11,7	11,4	11,6	11,7
4.3	in Arbeitsstunden	Stunden	75,3	77,9	81,6	85,3	93,2	89,9	91,3	92,5
4.4	Krankenstandsber. Arbeitszeit	Stunden	1762,4	1733,8	1711,4	1692,0	1666,1	1656,1	1654,7	1653,5
5.1	<b>Effektive Arbeitstage</b>	Tage	214,1	215,8	214,6	212,3	209,6	209,9	209,7	209,6
<b>Mehrarbeitsstunden</b>										
6.1	pro Woche	Stunden	0,55	0,93	1,15	1,20	1,15	1,00	1,03	1,15
6.2	pro Tag	"	0,11	0,19	0,23	0,24	0,23	0,20	0,21	0,23
6.3	pro Zeitraum	"	23,6	40,1	49,4	51,0	48,2	42,0	43,2	48,2
6.4	Arbeitszeit einschl. Mehrarb.stund.	Stunden	1786,0	1773,9	1760,8	1743,0	1714,3	1698,1	1697,9	1701,7
<b>Kurzarbeit</b>										
7.1	Kurzarbeiter	1000	1616,2	370,0	181,4	96,9	70,5	170,0	125,0	80,0
7.2	Arbeitsausfall je Kurzarbeiter	%	58,8	52,9	47,0	48,3	56,3	56,0	56,0	56,0
7.3	" " " "	Stunden	1081,4	957,9	842,7	858,5	990,8	977,8	977,8	977,8
7.4	Ausfallvolumen	Mio Std	1747,79	354,43	152,89	83,15	69,85	166,22	122,22	78,22
7.5	Kurzarbeiterereffekt	Stunden	251,5	59,4	26,6	14,3	11,9	28,7	20,9	13,3
<b>Schlechtwetter</b>										
8.1	Ausgefallene Tagewerke	1000	840	2128	5980	3148	4796			
8.2	Ausfallstunden je SWG-Tag	Stunden	5,88	5,88	5,48	5,48	5,48			
8.3	Ausfallvolumen	Mio Std	4,94	12,51	32,77	17,25	26,28			
8.4	Schlechtwetterereffekt	Stunden	0,7	2,1	5,7	3,0	4,5	1,0	1,0	1,0
<b>Tarifauseinandersetzungen</b>										
9.1	Verlorene Arbeitstage	1000	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
9.2	Ausfallvolumen	Mio Std	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9.3	Arbeitskampfeffekt	Stunden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Freiwillige Teilzeit</b>										
10.1	Teilzeitquote	%	8,90	7,20	8,20	10,70	12,30	14,00	14,00	14,00
10.2	Teilzeitbeschäftigte	1000	619	430	471	621	722	810	817	824
10.3	Arbeitszeitverkürzung	%	30,5	31,0	31,5	32,4	33,2	33,7	33,7	33,7
10.4	Stundenausfall je Teilzeitbesch.	Stunden	545,5	550,1	554,7	564,4	569,0	572,3	572,2	573,5
10.5	Ausfallvolumen	Mio Std	337,39	236,40	261,34	350,33	410,65	463,72	467,68	472,73
10.6	Effekt der freiwilligen Teilzeit	Stunden	48,5	39,6	45,5	60,4	70,0	80,1	80,1	80,3
<b>Akzeptierte Teilzeit</b>										
11.1	Personen	1000	0	0	0	0	0	0	0	0
11.2	Kürzung der tarifl. Arbeitszeit	%	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
11.3	Stundeneffekt je Person	Stunden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
11.4	Stundenvolumen	Mio Std	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11.5	Effekt der akzeptierten Teilzeit	Stunden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Erziehungsurlaub</b>										
12.1	Inanspruchnahme (Personen)	1000	13	37	31	21	21	25	25	25
12.2	Ausfallvolumen	Mio Std	22,77	66,08	53,70	36,17	36,00	42,45	42,45	42,54
12.3	Erziehungsurlaubseffekt	Stunden	3,3	11,1	9,3	6,2	6,1	7,3	7,3	7,2
13.1	<b>Summe 7 bis 12</b>	Stunden	304,0	112,2	87,1	83,9	92,5	117,2	109,3	101,8
14.1	<b>Tatsächliche Arbeitszeit</b>	Stunden	1482,0	1661,8	1673,6	1659,0	1621,8	1580,9	1588,6	1599,9
14.2	Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 13,8	+ 12,1	+ 0,7	- 0,9	- 2,2	- 2,5	- 2,0	- 1,3
14.3	dav. Arbeitstage-Effekt	"	- 0,8	+ 1,3	+ 0,2	- 0,4	- 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
14.4	Tägliche Arbeitszeit	"	- 13,1	+ 10,7	+ 0,5	- 0,4	- 1,9	- 2,6	- 2,2	- 1,5

1) bzw. betrieblich vereinbarte Arbeitszeit; flexible tarifliche Arbeitszeitregelungen nach oben und unten berücksichtigt (soweit erfaßt).

Quelle: Berechnungen des IAB

**Tabelle 6a: Trend-, Konjunktur- und sonstige Komponenten der Jahresarbeitszeitveränderung in Westdeutschland**

		1991	1992	1993	1994	1995	1996			
							Var. I	Var. II	Var. III	
1	<b>Trend</b>	%	- 0,8	- 0,6	- 1,1	- 1,0	- 0,6	- 0,8	- 0,8	- 0,8
2	dav. Tarifliche Arbeitszeit	%	- 0,5	- 0,2	- 0,8	- 0,6	- 0,3	- 0,5	- 0,5	- 0,5
3	Freiwillige Teilzeit	%	- 0,2	- 0,2	- 0,3	- 0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3
4	Erziehungsurlaub	%	- 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0
5	<b>Konjunktur</b>	%	- 0,2	- 0,5	- 1,0	+ 0,7	+ 0,4	- 1,3	- 0,9	- 0,3
6	dav. Kurzarbeit	%	- 0,1	- 0,2	- 0,6	+ 0,6	+ 0,2	- 0,3	- 0,1	- 0,0
7	Mehrarbeitsstunden	%	- 0,1	- 0,3	- 0,4	+ 0,3	+ 0,2	- 0,9	- 0,6	- 0,2
9	Akzeptierte Teilzeit	%	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,2	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1
10	<b>Sonstiges 1)</b>	%	- 0,1	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,0	- 0,6	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2
11	<b>Tägliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer</b>	%	- 1,1	- 0,8	- 1,9	- 0,3	- 0,8	- 1,7	- 1,4	- 1,0
12	Arbeitstageeffekt	%	0,0	+ 1,4	+ 0,1	- 0,4	- 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
13	<b>Jährliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer</b>	%	- 1,1	+ 0,7	- 1,9	- 0,7	- 1,2	- 1,6	- 1,3	- 0,9
14	<b>Jährliche Arbeitszeit der Selbständigen und Mithelfenden</b>	%	- 1,1	+ 1,2	- 1,0	+ 0,5	0,0	0,0	0,0	0,0
15	<b>Jährliche Arbeitszeit der Erwerbstätigen</b>	%	- 1,1	+ 0,7	- 1,7	- 0,5	- 1,0	- 1,3	- 1,1	- 0,7

1) Krankenstand, Schlechtwetter, Arbeitskampf

Quelle: Berechnungen des IAB

**Tabelle 6b: Trend-, Konjunktur- und sonstige Komponenten der Jahresarbeitszeitveränderung in Ostdeutschland**

		1991	1992	1993	1994	1995	1996			
							Var. I	Var. II	Var. III	
1	<b>Trend</b>	%	- 2,8	- 2,3	- 1,0	- 0,8	- 0,8	- 1,5	- 1,5	- 1,5
2	dav. Tarifliche Arbeitszeit	%	- 2,7	- 2,4	- 0,7	- 0,1	- 0,3	- 0,8	- 0,8	- 0,8
3	Freiwillige Teilzeit	%	+ 0,1	+ 0,6	- 0,4	- 0,9	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6
4	Erziehungsurlaub	%	- 0,2	- 0,5	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,1
5	<b>Konjunktur</b>	%	- 10,4	+ 14,1	+ 2,5	+ 0,8	- 0,0	- 1,4	- 0,9	- 0,1
6	dav. Kurzarbeit	%	- 10,3	+ 13,0	+ 2,0	+ 0,7	+ 0,1	- 1,0	- 0,6	- 0,1
7	Mehrarbeitsstunden	%	- 0,1	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,1	- 0,2	- 0,4	- 0,3	0,0
9	Akzeptierte Teilzeit	%	- 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
10	<b>Sonstiges 1)</b>	%	+ 0,1	- 1,1	- 1,0	- 0,5	- 1,0	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1
11	<b>Tägliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer</b>	%	- 13,1	+ 10,7	+ 0,5	- 0,4	- 1,9	- 2,6	- 2,2	- 1,5
12	Arbeitstageeffekt	%	- 0,8	+ 1,3	+ 0,2	- 0,4	- 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
13	<b>Jährliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer</b>	%	- 13,8	+ 12,1	+ 0,7	- 0,9	- 2,2	- 2,5	- 2,0	- 1,3
14	<b>Jährliche Arbeitszeit der Selbständigen und Mithelfenden</b>	%	- 2,4	+ 2,5	+ 0,8	- 0,2	0,0	0,0	0,0	0,0
15	<b>Jährliche Arbeitszeit der Erwerbstätigen</b>	%	- 12,6	+ 12,0	+ 1,0	- 0,6	- 1,9	- 2,0	- 1,6	- 1,1

1) Krankenstand, Schlechtwetter, Arbeitskampf

Quelle: Berechnungen des IAB

**Tabelle 7a: Entlastung des Arbeitsmarkts durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit in Westdeutschland – Personen in 1000 –**

	1990	1991	1992	1993	1994				1994	1995				1995	1996*
	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Jahr	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Jahr	Jahr
<b>A. Inanspruchnahme</b>															
Kurzarbeit	56	145	283	767	501	320	141	140	275	152	131	83	146	128	225
Schlechtwettergeld 1)	41	47	41	54	103	0	0	17	30	130	0	0	46	44	0
Beschäftigungschaffende Maßnahmen	83	83	78	51	49	52	60	70	58	70	71	73	73	72	83
Allgemeine ABM 2)	83	83	78	44	49	52	60	70	58	70	70	71	70	70	70
ABM-Stabil.progr. des Bundes	0	0	0	7	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Produktiver Lohnkostenzuschuß 3)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	2	3	2	13
Vollzeit - FuU 4)	215	237	250	238	220	221	216	246	226	246	257	250	274	257	280
Reha 5)	43	49	55	54	42	42	37	37	40	37	37	37	39	38	42
Teilnehmer an Sprachlehrgängen	110	76	51	55	55	54	45	45	50	50	45	41	47	46	48
Vorruhestandsgeld 6)	36	23	12	6	3	3	3	3	3	1	1	1	1	1	0
Altersübergangsgeld 7)	0	0	1	2	3	3	3	3	3	3	3	2	2	2	1
Personen nach §105c AFG 8)	63	63	82	127	136	137	141	143	139	148	148	146	141	146	140
<b>Zusammen</b>	<b>647</b>	<b>722</b>	<b>854</b>	<b>1353</b>	<b>1111</b>	<b>831</b>	<b>645</b>	<b>704</b>	<b>823</b>	<b>836</b>	<b>693</b>	<b>633</b>	<b>771</b>	<b>733</b>	<b>820</b>
<b>B. Beschäftigungsäquivalent</b>															
Kurzarbeit	20	43	88	228	165	100	47	46	89	61	47	32	51	48	81
Schlechtwettergeld 1)	27	31	27	36	69	0	0	11	20	87	0	0	31	29	0
Beschäftigungschaffende Maßnahmen	116	116	110	71	68	73	85	97	81	98	100	102	101	100	116
Allgemeine ABM 2)	116	116	110	61	68	73	85	97	81	97	98	100	97	98	98
ABM-Stabil.progr. des Bundes	0	0	0	9	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Produktiver Lohnkostenzuschuß 3)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	3	4	2	18
Vollzeit - FuU 4)	215	237	250	238	220	221	216	246	226	246	257	250	274	257	280
Reha 5)	43	49	55	54	42	42	37	37	40	37	37	37	39	38	42
Teilnehmer an Sprachlehrgängen	110	76	51	55	55	54	45	45	50	50	45	41	47	46	48
Vorruhestandsgeld 6)	36	23	12	6	3	3	3	3	3	1	1	1	1	1	0
Altersübergangsgeld 7)	0	0	1	2	3	3	3	3	3	3	3	2	2	2	1
Personen nach §105c AFG 8)	63	63	82	127	136	137	141	143	139	148	148	146	141	146	140
<b>Zusammen</b>	<b>631</b>	<b>638</b>	<b>677</b>	<b>816</b>	<b>760</b>	<b>632</b>	<b>576</b>	<b>632</b>	<b>650</b>	<b>729</b>	<b>638</b>	<b>611</b>	<b>689</b>	<b>667</b>	<b>709</b>
<b>C. Entlastung der Arbeitslosenzahl</b>															
Kurzarbeit	13	29	59	152	110	67	31	31	60	41	32	21	34	32	54
Schlechtwettergeld 1)	27	31	27	36	69	0	0	11	20	87	0	0	31	29	0
Beschäftigungschaffende Maßnahmen	105	105	99	64	62	66	76	88	73	88	90	92	92	91	105
Allgemeine ABM 2)	105	105	99	55	62	66	76	88	73	88	89	90	88	89	89
ABM-Stabil.progr. des Bundes	0	0	0	9	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Produktiver Lohnkostenzuschuß 3)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	2	4	2	17
Vollzeit - FuU 4)	191	210	220	207	192	196	197	230	203	231	244	239	265	245	273
Reha 5)	33	37	42	41	33	33	29	29	31	29	29	29	31	30	33
Teilnehmer an Sprachlehrgängen	110	76	51	55	55	54	45	45	50	50	45	41	47	46	48
Vorruhestandsgeld 6)	36	23	12	6	3	3	3	3	3	1	1	1	1	1	0
Altersübergangsgeld 7)	0	0	1	2	3	3	3	3	3	3	3	2	2	2	1
Personen nach §105c AFG 8)	63	63	82	127	136	137	141	143	139	148	148	146	141	146	140
<b>Zusammen</b>	<b>579</b>	<b>574</b>	<b>594</b>	<b>691</b>	<b>662</b>	<b>558</b>	<b>525</b>	<b>583</b>	<b>582</b>	<b>677</b>	<b>591</b>	<b>572</b>	<b>645</b>	<b>621</b>	<b>655</b>

\*) Vorläufige Schätzungen des IAB in Anlehnung an den Haushalt der BA; Vollzeit-FuU errechnet über Angaben zu den Uhg-Empfängern im BA-Haushalt.

- 1) Aus dem von den Betrieben angezeigten witterungsbedingten Arbeitsausfall wird eine entsprechende Zahl von „Vollzeitbeschäftigten“ errechnet. Die Inanspruchnahme im Sinne der durchschnittlichen Zahl der Bauarbeiter im SWG-Bezug ist statistisch nicht belegt.
- 2) Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung
- 3) Arbeitsförderung „Umwelt, soziale Dienste, Jugendhilfe“ (einschl. der aus dem Bundeshaushalt zu finanzierenden Maßnahmen) nach § 242s AFG.
- 4) Ohne Einarbeitung; bis 1992 einschl. Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten (§ 41a AFG).
- 5) Rehabilitanden in beruflfördernden Maßnahmen mit dem Ziel der Wiedereingliederung sowie in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung
- 6) Vorruhestandsfälle mit Zuschuß zum Vorruhestandsgeld (aus Haushaltsmitteln der BA).
- 7) Einschl. der aus dem Bundeshaushalt zu finanzierenden Empfänger, Altersübergangsgeld im Westen ist durch Umzüge bedingt.
- 8) 58jährige und ältere Empfänger von Alg, Alhi, Egg und Eghi, die der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung stehen.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IAB

**Tabelle 7b: Entlastung des Arbeitsmarkts durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit in Ostdeutschland – Personen in 1000 –**

	1990	1991	1992	1993	1994				1994	1995				1995	1996*)
	Jahr	Jahr	Jahr	Jahr	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Jahr	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Jahr	Jahr
<b>A. Inanspruchnahme</b>															
Kurzarbeit	758	1616	370	181	129	117	78	64	97	83	82	56	64	71	125
Schlechtwettergeld 1)	0	3	6	18	35	0	0	3	9	40	0	0	24	16	0
Beschäftigungschaffende Maßnahmen	3	183	388	260	230	265	303	326	281	319	325	313	292	312	303
Allgemeine ABM 2)	3	183	388	208	159	179	209	225	193	220	219	204	181	206	209
ABM-Stabil.progr. des Bundes	0	0	0	29	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Produktiver Lohnkostenzuschuß 3)	0	0	0	22	71	86	94	101	88	99	107	110	111	107	94
Vollzeit - FuU 4)	7	169	425	345	248	231	224	261	241	252	252	238	229	243	240
Reha 5)	0	1	4	5	4	4	3	4	4	4	4	4	5	4	6
Teilnehmer an Sprachlehrgängen	0	0	3	6	7	8	7	7	7	9	7	6	7	7	7
Vorruhestandsgeld 6)	180	365	295	214	161	138	114	91	126	68	43	19	2	33	0
Altersübergangsgeld 7)	10	189	516	639	569	523	509	494	524	420	356	313	275	341	165
Personen nach §105c AFG 8)	0	0	1	1	2	2	2	3	2	4	6	7	10	7	14
<b>Zusammen</b>	<b>958</b>	<b>2526</b>	<b>2007</b>	<b>1669</b>	<b>1383</b>	<b>1286</b>	<b>1242</b>	<b>1254</b>	<b>1291</b>	<b>1198</b>	<b>1075</b>	<b>957</b>	<b>907</b>	<b>1034</b>	<b>860</b>
<b>B. Beschäftigungsäquivalent</b>															
Kurzarbeit	341	898	194	85	59	54	39	34	46	44	44	34	38	40	70
Schlechtwettergeld 1)	0	2	4	12	23	0	0	2	6	27	0	0	16	11	0
Beschäftigungschaffende Maßnahmen	5	257	543	365	314	362	408	434	379	423	434	421	398	419	415
Allgemeine ABM 2)	5	257	543	292	216	242	276	292	257	284	284	267	242	270	283
ABM-Stabil.progr. des Bundes	0	0	0	41	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Produktiver Lohnkostenzuschuß 3)	0	0	0	31	99	120	132	141	123	138	149	153	155	149	132
Vollzeit - FuU 4)	7	169	425	345	248	231	224	261	241	252	252	238	229	243	240
Reha 5)	0	1	4	5	4	4	3	4	4	4	4	4	5	4	6
Teilnehmer an Sprachlehrgängen	0	0	3	6	7	8	7	7	7	9	7	6	7	7	7
Vorruhestandsgeld 6)	180	365	295	214	161	138	114	91	126	68	43	19	2	33	0
Altersübergangsgeld 7)	10	189	516	639	569	523	509	494	524	420	356	313	275	341	165
Personen nach §105c AFG 8)	0	0	1	1	2	2	2	3	2	4	6	7	10	7	14
<b>Zusammen</b>	<b>543</b>	<b>1881</b>	<b>1984</b>	<b>1672</b>	<b>1387</b>	<b>1321</b>	<b>1307</b>	<b>1329</b>	<b>1336</b>	<b>1250</b>	<b>1145</b>	<b>1043</b>	<b>978</b>	<b>1104</b>	<b>917</b>
<b>C. Entlastung der Arbeitslosenzahl</b>															
Kurzarbeit	341	898	191	77	52	48	34	30	41	35	35	27	30	32	55
Schlechtwettergeld 1)	0	2	4	12	23	0	0	2	6	27	0	0	16	11	0
Beschäftigungschaffende Maßnahmen	5	257	541	355	304	350	396	421	368	402	412	399	376	397	391
Allgemeine ABM 2)	5	257	541	285	209	234	268	284	249	271	271	255	230	257	267
ABM-Stabil.progr. des Bundes	0	0	0	40	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Produktiver Lohnkostenzuschuß 3)	0	0	0	31	95	116	127	137	119	130	141	144	146	140	124
Vollzeit - FuU 4)	7	169	425	341	245	229	222	260	239	250	250	237	227	241	238
Reha 5)	0	1	4	4	4	4	3	4	4	4	4	4	5	4	6
Teilnehmer an Sprachlehrgängen	0	0	3	6	7	8	7	7	7	9	7	6	7	7	7
Vorruhestandsgeld 6)	180	365	295	214	161	138	114	91	126	68	43	19	2	33	0
Altersübergangsgeld 7)	10	189	516	639	569	523	509	494	524	420	356	313	275	341	165
Personen nach §105c AFG 8)	0	0	1	1	2	2	2	3	2	4	6	7	10	7	14
<b>Zusammen</b>	<b>543</b>	<b>1881</b>	<b>1979</b>	<b>1650</b>	<b>1366</b>	<b>1300</b>	<b>1288</b>	<b>1311</b>	<b>1316</b>	<b>1217</b>	<b>1112</b>	<b>1012</b>	<b>947</b>	<b>1072</b>	<b>877</b>

\*) Vorläufige Schätzungen des IAB in Anlehnung an den Haushalt der BA; Vollzeit-FuU errechnet über Angaben zu den Uhg-Empfänger im BA-Haushalt.

- 1) Aus dem von den Betrieben angezeigten witterungsbedingten Arbeitsausfall wird eine entsprechende Zahl von „Vollzeitbeschäftigten“ errechnet. Die Inanspruchnahme im Sinne der durchschnittlichen Zahl der Bauarbeiter im SWG-Bezug ist statistisch nicht belegt.
- 2) Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung
- 3) Arbeitsförderung „Umwelt, soziale Dienste, Jugendhilfe“ (einschl. der aus dem Bundeshaushalt zu finanzierenden Maßnahmen) nach § 249h AFG.
- 4) Ohne Einarbeitung; bis 1992 einschl. Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten (§ 41a AFG).
- 5) Rehabilitanden in berufsfördernden Maßnahmen mit dem Ziel der Wiedereingliederung sowie in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung
- 6) Das Vorruhestandsgeld Ost wird aus Haushaltsmittel des Bundes getragen
- 7) Einschl. der aus dem Bundeshaushalt zu finanzierenden Empfänger
- 8) 58jährige und ältere Empfänger von Alg, Alhi, Egg und Eghi, die der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung stehen.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IAB